

Bundesgesetzblatt ²⁵⁵⁷

Teil II

Z 1998

1996

Ausgegeben zu Bonn am 6. November 1996

Nr. 47

Tag	Inhalt	Seite
31. 10. 96	Gesetz zu der Vereinbarung vom 21. Juni 1994 über die Satzung der Europäischen Schulen GESTA: XA002	2558
31. 10. 96	Gesetz zu dem Abkommen vom 22. November 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Beistandsleistung in Steuersachen (Deutsch-dänisches Steuerabkommen) GESTA: XD010	2565
1. 10. 96	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-ukrainischen Investitionsförderungsvertrags	2597
1. 10. 96	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-jamaikanischen Investitionsförderungsvertrags	2597
1. 10. 96	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-mongolischen Investitionsförderungsvertrags	2598
1. 10. 96	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-belarussischen Investitionsförderungsvertrags	2598
2. 10. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen	2599
4. 10. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Auslieferungsübereinkommens	2600
18. 10. 96	Bekanntmachung des deutsch-südafrikanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	2602
21. 10. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Hauptlinien des internationalen Eisenbahnverkehrs (AGC)	2604

**Gesetz
zu der Vereinbarung vom 21. Juni 1994
über die Satzung der Europäischen Schulen**

Vom 31. Oktober 1996

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der in Luxemburg am 21. Juni 1994 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen wird zugestimmt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem die Vereinbarung nach ihrem Artikel 33 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 31. Oktober 1996

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen

Präambel

Die Hohen Vertragsparteien, nämlich die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften und die Europäischen Gemeinschaften (im folgenden „Vertragsparteien“ genannt) –

in Erwägung nachstehender Gründe:

Für den gemeinsamen Unterricht der Kinder der Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften wurden zur Sicherung des ordnungsgemäßen Funktionierens der europäischen Organe bereits 1957 Lehranstalten mit der Bezeichnung „Europäische Schule“ eingerichtet.

Die Europäischen Gemeinschaften sind bestrebt, den gemeinsamen Unterricht dieser Kinder sicherzustellen, und leisten zu diesem Zweck einen Beitrag zum Haushalt der Europäischen Schulen.

Die Europäischen Schulen bilden ein Schulsystem besonderer Art. Bei diesem System wird eine Form der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und den Europäischen Gemeinschaften verwirklicht; gleichzeitig bleibt die Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Lehrinhalte und die Gestaltung des Bildungssystems sowie die Vielfalt ihrer Kulturen und Sprachen in vollem Umfang erhalten.

Es empfiehlt sich,

- die 1957 verabschiedete Satzung der Europäischen Schule zur Berücksichtigung sämtlicher von den Vertragsparteien verabschiedeten diesbezüglichen Texte zu konsolidieren;
- diese Satzung der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften anzupassen;
- das Beschlußfassungsverfahren in den Organen der Schulen zu ändern;
- den bisherigen Erfahrungen beim Betrieb der Schulen Rechnung zu tragen;
- einen angemessenen Rechtsschutz des Lehrpersonals und der sonstigen unter diese Satzung fallenden Personen gegenüber Entscheidungen des Obersten Rates oder der Verwaltungsräte zu gewährleisten und zu diesem Zweck eine Beschwerdekammer mit genau festgelegten Befugnissen einzurichten;
- festzulegen, daß die Entscheidungen der Beschwerdekammer die Zuständigkeit der nationalen Gerichte in Zivil- und Strafsachen nicht berühren.

In München ist auf der Grundlage des Zusatzprotokolls vom 15. Dezember 1975 eine Schule für den gemeinsamen Unterricht von Kindern der Bediensteten der Europäischen Patentorganisation gegründet worden –

haben folgendes vereinbart:

Titel I

Europäische Schulen

Artikel 1

Mit dieser Vereinbarung wird die Satzung der Europäischen Schulen (im folgenden „Schulen“ genannt) festgelegt.

Ziel der Schulen ist es, die Kinder der Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften gemeinsam zu unterrichten. Außer den

Kindern, die unter die Übereinkünfte nach den Artikeln 28 und 29 fallen, können in den Schulen im Rahmen der vom Obersten Rat festgelegten Grenzen auch andere Kinder unterrichtet werden.

Die Schulen sind in Anhang I aufgeführt; dieser kann vom Obersten Rat angepaßt werden, um Beschlüssen aufgrund der Artikel 2, 28 und 31 Rechnung zu tragen.

Artikel 2

(1) Der Oberste Rat kann einstimmig die Gründung neuer Schulen beschließen.

(2) Er legt den Sitz im Einvernehmen mit dem Aufnahmemitgliedstaat fest.

(3) Vor der Gründung einer neuen Schule im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates muß zwischen dem Obersten Rat und dem Aufnahmemitgliedstaat ein Abkommen über die unentgeltliche Bereitstellung von den Erfordernissen der neuen Schule entsprechenden Räumlichkeiten und deren Instandhaltung geschlossen werden.

Artikel 3

(1) Der Unterricht in der Schule umfaßt die Schulzeit bis zum Abschluß der Sekundarstufe.

Dazu kann folgendes gehören:

- der Kindergarten,
- die Primarstufe mit fünf Schuljahren,
- die Sekundarstufe mit sieben Schuljahren.

Die Schulen berücksichtigen im Rahmen des Möglichen in Zusammenarbeit mit dem Bildungssystem des Gastlandes den Bedarf an technischer Ausbildung.

(2) Der Unterricht wird von Lehrern erteilt, welche die Mitgliedstaaten entsprechend den Beschlüssen, die vom Obersten Rat nach dem Verfahren des Artikels 12 Nummer 4 gefaßt werden, abordnen oder zuweisen.

(3)

- a) Vorschläge zur Änderung der Grundstruktur einer Schule bedürfen eines einstimmigen Votums der Vertreter der Mitgliedstaaten im Obersten Rat;
- b) Vorschläge zur Änderung der arbeitsrechtlichen Stellung der Lehrer bedürfen eines einstimmigen Verfahrens des Obersten Rates.

Artikel 4

Der Unterricht an den Schulen gestaltet sich nach folgenden pädagogischen Grundsätzen:

1. Der Unterricht wird in den in Anhang II genannten Sprachen erteilt.
2. Dieser Anhang kann vom Obersten Rat gemäß den Beschlüssen nach Maßgabe der Artikel 2 und 32 angepaßt werden.
3. Um die Einheit der Schule sowie die Annäherung und das gegenseitige Verständnis der Schüler der verschiedenen Sprachabteilungen untereinander zu fördern, wird der Unterricht in bestimmten Fächern für Klassen derselben Stufe gemeinsam erteilt. Dieser Unterricht kann in jeder Gemeinschaftssprache erteilt werden, soweit der Oberste Rat beschließt, daß dies gerechtfertigt ist.

4. Besondere Anstrengungen werden unternommen, um den Schülern eine gründliche Kenntnis der lebenden Sprachen zu vermitteln.
5. In den Lehrplänen wird auf die europäische Dimension besonderer Wert gelegt.
6. Bei der Erziehung und im Unterricht werden Gewissen und Überzeugung des einzelnen geachtet.
7. Es werden Maßnahmen getroffen, um die Aufnahme von Kindern mit besonderen Unterrichtsbedürfnissen zu erleichtern.

Artikel 5

(1) Die bestandenen Schuljahre und die entsprechenden Abschluß- und Abgangszeugnisse werden im Gebiet der Mitgliedstaaten nach Maßgabe einer Gleichwertigkeitsliste und unter den vom Obersten Rat entsprechend Artikel 11 festgelegten Bedingungen vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen einzelstaatlichen Stellen anerkannt.

(2) Die Sekundarstufe wird mit der Europäischen Abiturprüfung abgeschlossen, die Gegenstand des Abkommens vom 11. April 1984 zur Änderung des Anhangs zur Satzung der Europäischen Schule, der die Ordnung der Europäischen Abiturprüfung enthält (im folgenden „Abkommen über die Europäische Abiturprüfung“ genannt), ist. Der Oberste Rat kann mit einstimmigem Votum der Vertreter der Mitgliedstaaten erforderlichenfalls Änderungen jenes Abkommens vornehmen.

Die Inhaber des an der Schule erworbenen Abiturzeugnisses

- a) haben in ihrem Herkunftsland alle mit dem Besitz des Abschlußzeugnisses einer Sekundarstufe dieses Landes verbundenen Anrechte;
- b) erfüllen die gleichen Voraussetzungen für die Zulassung zu allen Hochschulen im Hoheitsgebiet eines jeden Mitgliedstaates wie die Bürger dieser Staaten, die entsprechende Befähigungsnachweise besitzen.

Im Sinne dieser Vereinbarung bedeutet der Begriff „Hochschulen“

- a) Hochschulen und Universitäten,
- b) Anstalten, die von dem Mitgliedstaat, in dessen Gebiet sie gelegen sind, einer Hochschule gleichgestellt werden.

Artikel 6

Jede Schule besitzt Rechtspersönlichkeit, soweit dies für die Erfüllung ihres Ziels im Sinne des Artikels 1 erforderlich ist. Zu diesem Zweck ist sie gemäß der in Artikel 13 Absatz 1 genannten Haushaltsordnung in der Verwaltung der für sie im Haushaltsplan ausgewiesenen Mittel unabhängig. Sie kann vor Gericht klagen und verklagt werden. Sie kann insbesondere bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und veräußern.

Hinsichtlich ihrer Rechte und Pflichten gilt die Schule in den Mitgliedstaaten vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen dieser Vereinbarung als öffentlich-rechtliche Bildungseinrichtung.

Titel II

Organe der Schule

Artikel 7

Alle Schulen haben gemeinsame Organe:

1. den Obersten Rat,
2. den Generalsekretär,
3. die Inspektionsausschüsse,
4. die Beschwerdekammer.

Jede Schule wird vom Verwaltungsrat verwaltet und vom Direktor geleitet.

Kapitel 1 Der Oberste Rat

Artikel 8

(1) Vorbehaltlich des Artikels 28 setzt sich der Oberste Rat aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- a) dem bzw. den Vertreter(n) der einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften auf Ministeriebene, der bzw. die befugt ist (sind), für den jeweiligen Mitgliedstaat verbindlich zu handeln, wobei jeder Mitgliedstaat nur eine Stimme hat;
- b) einem Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften;
- c) einem vom Personalausschuß nach Artikel 22 benannten Vertreter (aus dem Lehrkörper);
- d) einem von den Elternvereinigungen nach Artikel 23 benannten Vertreter der Elternschaft.

(2) Die Vertreter der Mitgliedstaaten auf Ministeriebene und das Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften können sich vertreten lassen. Die übrigen Mitglieder werden im Verhinderungsfall durch ihre Stellvertreter vertreten.

(3) Ein Schülervorteiler kann eingeladen werden, an den Sitzungen des Obersten Rates bei die Schüler betreffenden Fragen als Beobachter teilzunehmen.

(4) Der Oberste Rat tritt auf Veranlassung seines Vorsitzenden oder auf begründeten Antrag dreier Mitglieder des Obersten Rates oder des Generalsekretärs zusammen. Er tritt mindestens einmal jährlich zusammen.

(5) Der Vorsitz im Obersten Rat wird von den Vertretern der einzelnen Mitgliedstaaten für jeweils ein Jahr abwechselnd in nachstehender Reihenfolge der Mitgliedstaaten wahrgenommen: Belgien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Vereinigtes Königreich.

Artikel 9

(1) Außer in den Fällen, in denen diese Vereinbarung Einstimmigkeit vorschreibt, werden die Beschlüsse des Obersten Rates vorbehaltlich folgender Bestimmungen mit Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder gefaßt:

- a) Für die Annahme eines Beschlusses, der die spezifischen Interessen eines Mitgliedstaates berührt – wozu die wesentliche Erweiterung der Einrichtungen oder die Schließung einer in seinem Hoheitsgebiet gelegenen Schule gehört – ist die befürwortende Stimmabgabe des Vertreters dieses Mitgliedstaates erforderlich.
- b) Für die Schließung einer Schule ist die befürwortende Stimmabgabe des Mitglieds der Kommission erforderlich.
- c) Der Vertreter einer Organisation des öffentlichen Rechts, der im Obersten Rat aufgrund eines Übereinkommens nach Artikel 28 einen Sitz und eine Stimme erhalten hat, ist bei allen Fragen im Zusammenhang mit der Schule, die Gegenstand jenes Übereinkommens ist, stimmberechtigt.
- d) Das Stimmrecht des Vertreters des Personalausschusses nach Artikel 8 Buchstabe c und des Vertreters der Elternschaft nach Artikel 8 Buchstabe d ist auf die Annahme von Beschlüssen über pädagogische Fragen im Sinne des Artikels 11 – ausgenommen Beschlüsse betreffend Änderungen des Abkommens über die Europäische Abiturprüfung und Beschlüsse mit finanziellen oder haushaltsrechtlichen Auswirkungen – beschränkt.

(2) In den Fällen, in denen diese Vereinbarung Einstimmigkeit vorschreibt, stehen Stimmenthaltungen von Mitgliedern, die anwesend sind oder sich vertreten lassen, der Annahme von Beschlüssen des Obersten Rates nicht entgegen.

(3) Unbeschadet des Artikels 8 Absatz 1 Buchstabe a verfügen die anwesenden oder vertretenen Mitglieder bei den Abstimmungen über jeweils eine Stimme.

Artikel 10

Der Oberste Rat sorgt für die Durchführung dieser Vereinbarung; er verfügt über die zu diesem Zweck erforderlichen Entscheidungsbefugnisse in pädagogischen Fragen und in Haushalts- und Verwaltungsangelegenheiten sowie zur Aushandlung der in den Artikeln 28 bis 30 genannten Übereinkommen bzw. Übereinkünfte. Zur Vorbereitung seiner Beschlüsse kann er Ausschüsse einsetzen.

Er legt die allgemeine Schulordnung fest.

Er erstellt jährlich auf der Grundlage eines Entwurfs des Generalsekretärs einen Bericht über den Betrieb der Schulen und übermittelt ihn dem Europäischen Parlament und dem Rat.

Artikel 11

Hinsichtlich der pädagogischen Fragen legt der Oberste Rat Richtlinien für den Unterricht und dessen Ausgestaltung fest. Im einzelnen verfährt er nach Stellungnahme des zuständigen Inspektionsausschusses wie folgt:

1. Er legt aufeinander abgestimmte Lehr- und Stundenpläne für jedes Schuljahr und jede von ihm eingerichtete Abteilung fest und gibt allgemeine Empfehlungen für die Wahl der Unterrichtsmethoden.
2. Er sorgt für die Aufsicht über den Unterricht durch die Inspektionsausschüsse und legt Vorschriften für deren Tätigkeiten fest.
3. Er setzt das vorgeschriebene Alter für den Eintritt in die verschiedenen Schulstufen fest. Er legt die Regeln für die Versetzung der Schüler in die nächsthöhere Klasse bzw. für den Übergang in die Sekundarstufe fest; damit die Schüler jederzeit wieder in das einzelstaatliche Schulsystem überwechseln können, setzt er gemäß Artikel 5 die Bedingungen fest, unter denen die an den Europäischen Schulen bestandenen Schuljahre anerkannt werden. Er stellt die in Artikel 5 Absatz 1 genannte Gleichwertigkeitsliste auf.
4. Er richtet Abschlußprüfungen für die in der Schule geleistete Arbeit ein; er erläßt die Prüfungsordnung, setzt die Prüfungsausschüsse ein und stellt die Abschlußzeugnisse aus. Das Niveau der Prüfungsarbeiten ist im Einklang mit den Erfordernissen des Artikels 5 festzusetzen.

Artikel 12

Hinsichtlich der Verwaltung hat der Oberste Rat folgende Aufgaben:

1. Er legt die Beschäftigungsbedingungen für den Generalsekretär, die Direktoren, das Lehrpersonal und gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a für das Verwaltungs- und Dienstpersonal fest.
2. Er ernennt den Generalsekretär und den stellvertretenden Generalsekretär.
3. Er ernennt den Direktor und seine Stellvertreter für jede Schule.
4. a) Er bestimmt jährlich auf Vorschlag der Inspektionsausschüsse den Bedarf an Lehrpersonal durch Schaffung und Streichung von Stellen. Er trägt dafür Sorge, daß die Stellen gleichmäßig auf die Mitgliedstaaten verteilt werden. Zusammen mit den Regierungen regelt er die Fragen der Abordnung oder Zuweisung von Primar- und Sekundarstufenlehrern und pädagogischen Beratern. Diese bewahren ihre Rechte auf Beförderungs- und Ruhegehaltsansprüche nach Maßgabe der Regelung ihres Herkunftsstaates.

b) Er bestimmt jährlich auf Vorschlag des Generalsekretärs den Bedarf an Verwaltungs- und Dienstpersonal.

5. Er regelt seine Arbeitsweise und gibt sich eine Geschäftsordnung.

Artikel 13

(1) Hinsichtlich des Haushalts wird der Oberste Rat wie folgt tätig:

- a) Er verabschiedet die Haushaltsordnung, in der insbesondere die Einzelheiten der Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der Schulen festgelegt werden.
- b) Er stellt für jedes Haushaltsjahr gemäß Absatz 4 den Haushaltsplan der Schulen fest.
- c) Er genehmigt den Jahresabschluß und leitet ihn den zuständigen Stellen der Europäischen Gemeinschaften zu.

(2) Der Oberste Rat erstellt spätestens zum 30. April jedes Haushaltsjahres nach dem Verfahren des Artikels 9 einen Haushaltsvoranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Schulen für das folgende Haushaltsjahr und übermittelt ihn unverzüglich der Kommission, die auf dieser Grundlage die erforderlichen Mittel im Vorentwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Gemeinschaften veranschlagt.

Die Haushaltsbehörde der Europäischen Gemeinschaften legt im Rahmen des Haushaltsverfahrens den Beitrag der Gemeinschaften fest.

(3) Der Oberste Rat leitet den Haushaltsvoranschlag der Einnahmen und Ausgaben auch den anderen in Artikel 28 genannten Organisationen des öffentlichen Rechts sowie den in Artikel 29 genannten Organisationen oder Institutionen zu, mit deren finanziellen Beiträgen der Haushalt einer Schule im wesentlichen finanziert wird, damit diese die Höhe ihres Beitrags festsetzen.

(4) Der Oberste Rat stellt den Haushaltsplan der Schulen vor Beginn des Haushaltsjahres endgültig fest und paßt ihn dabei erforderlichenfalls entsprechend dem Beitrag der Europäischen Gemeinschaften sowie entsprechend den Beiträgen der in Absatz 3 genannten Organisationen und Institutionen an.

Artikel 14

Der Generalsekretär vertritt den Obersten Rat und leitet das Sekretariat entsprechend den Beschäftigungsbedingungen für den Generalsekretär nach Artikel 12 Nummer 1. Er vertritt die Schulen gerichtlich. Er ist dem Obersten Rat gegenüber verantwortlich.

Kapitel 2

Inspektionsausschüsse

Artikel 15

Es werden zwei Inspektionsausschüsse für die Schulen eingesetzt, einer für den Kindergarten und die Primarstufe, ein anderer für die Sekundarstufe.

Artikel 16

Jeder der vertragschließenden Mitgliedstaaten ist in jedem der Ausschüsse durch einen Inspektor vertreten. Dieser wird auf Vorschlag der betreffenden Vertragspartei vom Obersten Rat ernannt.

Der Vorsitz in den Inspektionsausschüssen wird von dem Vertreter des Inspektionsausschusses desjenigen Mitgliedstaates wahrgenommen, der den Vorsitz im Obersten Rat innehat.

Artikel 17

Die Inspektionsausschüsse haben die Aufgabe, die Qualität des in den Schulen erteilten Unterrichts zu überwachen und zu diesem

Zweck die erforderlichen Inspektionen in den Schulen zu veranlassen.

Sie unterbreiten dem Obersten Rat die Stellungnahmen und Vorschläge gemäß den Artikeln 11 bzw. 12 und gegebenenfalls Vorschläge für die Gestaltung der Lehrpläne und den Aufbau des Unterrichts.

Artikel 18

Die Inspektoren haben folgende Aufgaben:

1. Sie führen in der Schulstufe, für die sie zuständig sind, die pädagogische Aufsicht über die Lehrer, die von ihrer nationalen Verwaltung abgeordnet wurden.
2. Sie vergleichen ihre Beobachtungen über den Stand, der im Unterricht erreicht ist, und über die Qualität der Unterrichtsmethoden.
3. Sie übermitteln den Direktoren und dem Lehrkörper die Ergebnisse ihrer Inspektionen.

Entsprechend den vom Obersten Rat veranschlagten Bedürfnissen schafft jeder Mitgliedstaat die Voraussetzungen dafür, daß die Inspektoren ihre Aufgabe in den Schulen uneingeschränkt erfüllen können.

Kapitel 3 Der Verwaltungsrat

Artikel 19

Der in Artikel 7 vorgesehene Verwaltungsrat besteht vorbehaltlich der Artikel 28 und 29 aus folgenden acht Mitgliedern:

1. dem Generalsekretär, der den Vorsitz wahrnimmt,
2. dem Direktor der Schule,
3. dem Vertreter der Kommission der Europäischen Gemeinschaften,
4. zwei Mitgliedern des Lehrkörpers, die jeweils den Lehrkörper der Sekundarstufe bzw. den der Primarstufe und des Kindergartens vertreten,
5. zwei Mitgliedern als Vertreter der Elternvereinigung nach Artikel 23,
6. einem Vertreter des Verwaltungs- und Dienstpersonals.

Ein Vertreter des Mitgliedstaats, in dem die Schule ihren Sitz hat, kann als Beobachter an den Sitzungen des Verwaltungsrates teilnehmen.

Zwei Vertreter der Schüler sind zu den Sitzungen des Verwaltungsrates ihrer Schule als Beobachter einzuladen, soweit sie von den behandelten Fragen betroffen sind.

Artikel 20

Der Verwaltungsrat

1. erstellt den Haushaltsvoranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Schule gemäß der Haushaltsordnung;
2. überwacht die Ausführung des die Schule betreffenden Kapitels des Haushaltsplans und stellt den entsprechenden Jahresabschluss auf;
3. sorgt dafür, daß die günstigen materiellen Voraussetzungen erhalten bleiben und achtet auf ein Arbeitsklima, das einen guten Schulbetrieb erleichtert;
4. erfüllt alle weiteren Verwaltungsaufgaben, die ihm vom Obersten Rat übertragen werden.

Die Verfahren für die Einberufung und die Beschlußfassung der Verwaltungsräte sind in der in Artikel 10 vorgesehenen allgemeinen Schulordnung niedergelegt.

Kapitel 4 Der Direktor

Artikel 21

Der Direktor erfüllt seine Amtspflichten im Rahmen der in Artikel 10 vorgesehenen allgemeinen Schulordnung. Er ist gegenüber dem in der Schule beschäftigten Personal gemäß Artikel 12 Nummer 4 Buchstaben a und b weisungsbefugt.

Er muß über die Befähigung und die Nachweise verfügen, die in seinem Land als Voraussetzung für die Leitung einer Unterrichtsanstalt, deren Abschlußzeugnis zum Hochschulbesuch berechtigt, verlangt werden. Er ist dem Obersten Rat verantwortlich.

Titel III

Vertretung des Personals

Artikel 22

Es wird ein Personalausschuß eingesetzt, der sich aus den gewählten Vertretern des Lehrkörpers und des Verwaltungs- und Dienstpersonals jeder Schule zusammensetzt.

Der Ausschuß trägt zu einem reibungslosen Schulbetrieb bei und ermöglicht es dem Personal, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Die Verfahren für die Wahl sowie die Arbeitsweise des Personalausschusses sind in den Beschäftigungsbedingungen für das Lehrpersonal und für das Verwaltungs- und Dienstpersonal gemäß Artikel 12 Nummer 1 festgelegt.

Der Personalausschuß benennt jährlich aus den Reihen der Lehrerschaft ein Vollmitglied und einen Stellvertreter, die ihn im Obersten Rat vertreten.

Titel IV

Elternvereinigung

Artikel 23

Der Oberste Rat erkennt für jede Schule eine die Elternschaft vertretende Vereinigung für die Gestaltung der Beziehungen zwischen der Elternschaft und den Schulbehörden an.

Die gemäß Absatz 1 anerkannte Elternvereinigung benennt jährlich zwei Vertreter im Verwaltungsrat ihrer Schule.

Die Elternvereinigungen aller Schulen benennen jährlich aus ihrer Mitte ein Vollmitglied und einen Stellvertreter, die sie im Obersten Rat vertreten.

Titel V

Haushalt

Artikel 24

Das Rechnungsjahr der Schulen entspricht dem Kalenderjahr.

Artikel 25

Der Haushalt der Schulen wird finanziert durch

1. die Beiträge der Mitgliedstaaten durch Fortzahlung der Gehälter für die abgeordneten oder abgestellten Lehrer und gegebenenfalls durch finanzielle Beiträge, über die der Oberste Rat einstimmig beschließt;
2. den Beitrag der Europäischen Gemeinschaften, der die Differenz zwischen den Gesamtausgaben der Schulen und der Gesamtheit der übrigen Einnahmen decken soll;

3. die Beiträge nichtgemeinschaftlicher Organisationen, mit denen der Oberste Rat ein Abkommen geschlossen hat;
4. die Einnahmen der Schulen, insbesondere das Schulgeld, das den Eltern der Schüler auf Beschluß des Obersten Rates auferlegt wird;
5. verschiedene Einnahmen.

Die Verfahren zur Überweisung des Beitrags der Europäischen Gemeinschaften sind Gegenstand eines besonderen Abkommens zwischen dem Obersten Rat und der Kommission.

Titel VI Streitfälle

Artikel 26

Für Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung und Anwendung dieser Vereinbarung, die im Obersten Rat nicht beigelegt werden konnten, ist ausschließlich der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften zuständig.

Artikel 27

(1) Es wird eine Beschwerdekammer eingesetzt.

(2) Bei Streitigkeiten, die die Anwendung dieser Vereinbarung auf die darin genannten Personen – mit Ausnahme des Verwaltungs- und Dienstpersonals – betreffen und sich auf die Rechtmäßigkeit einer vom Obersten Rat oder vom Verwaltungsrat einer Schule in Ausübung ihrer Befugnisse gemäß dieser Vereinbarung gegenüber jenen Personen getroffenen und sie beschwerenden Entscheidung beziehen, die auf dieser Vereinbarung oder den in ihrem Rahmen erlassenen Vorschriften beruht, besitzt die Beschwerdekammer, nach Ausschöpfung des Verwaltungsweges, erst- und letztinstanzlich ausschließliche Zuständigkeit. Handelt es sich um finanzielle Streitigkeiten, so hat die Beschwerdekammer Befugnis zu unbeschränkter Ermessensnachprüfung.

Die Voraussetzungen für ein Verfahren der Beschwerdekammer und die entsprechenden Durchführungsbestimmungen sind in den Beschäftigungsbedingungen für das Lehrpersonal bzw. der Regelung für die Lehrbeauftragten oder der allgemeinen Schulordnung festgelegt.

(3) Der Beschwerdekammer gehören Personen an, die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und als fähige Juristen gelten.

Zu Mitgliedern der Beschwerdekammer können nur Personen ernannt werden, die in einer vom Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften dafür erstellten Liste aufgeführt sind.

(4) Der Oberste Rat legt die Satzung der Beschwerdekammer einstimmig fest.

In der Satzung der Beschwerdekammer werden die Zahl ihrer Mitglieder, das Verfahren zur Ernennung der Mitglieder durch den Obersten Rat, die Amtsdauer der Mitglieder und die für diese geltende Besoldungsregelung festgelegt. Die Satzung regelt die Arbeitsweise der Beschwerdekammer.

(5) Die Beschwerdekammer gibt sich eine Verfahrensordnung, die alle zur Anwendung ihrer Satzung erforderlichen Bestimmungen enthält.

Die Verfahrensordnung bedarf der einstimmigen Annahme durch den Obersten Rat.

(6) Die Urteile der Beschwerdekammer sind für die Parteien verbindlich und, falls diese einem Urteil nicht nachkommen, von den zuständigen Stellen der Mitgliedstaaten im Einklang mit ihren einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zu vollstrecken.

(7) Andere Streitigkeiten, bei denen die Schulen Partei sind, unterliegen der Zuständigkeit der nationalen Gerichte. Insbesondere berührt dieser Artikel nicht die Zuständigkeit der nationalen Gerichte in Zivil- und Strafsachen.

Titel VII

Besondere Bestimmungen

Artikel 28

Der Oberste Rat kann nach einstimmig gefaßtem Beschluß mit jeder Organisation des öffentlichen Rechts, die aufgrund ihres Standortes am Betrieb dieser Schulen interessiert ist, Beitrittsübereinkommen in bezug auf eine bestehende oder eine nach Artikel 2 geplante Schule schließen. Mit dem Abschluß eines solchen Übereinkommens können diese Organisationen, sofern der Haushalt der Schule im wesentlichen mit ihrem finanziellen Beitrag finanziert wird, einen Sitz und eine Stimme im Obersten Rat bei allen Fragen im Zusammenhang mit der jeweiligen Schule erhalten. Sie können auch einen Sitz und eine Stimme im Verwaltungsrat dieser Schule erhalten.

Artikel 29

Der Oberste Rat kann ferner mit Organisationen oder Institutionen des öffentlichen oder privaten Rechts, die am Betrieb einer bestehenden Schule interessiert sind, nach entsprechendem einstimmigen Beschluß andere Übereinkünfte als Beitrittsübereinkommen schließen.

Der Oberste Rat kann ihnen einen Sitz und eine Stimme im Verwaltungsrat der betreffenden Schule zuweisen.

Artikel 30

Der Oberste Rat kann mit der Regierung des Landes, in dem sich eine Schule befindet, zusätzliche Übereinkommen jeder Art schließen, um der Schule bestmögliche Arbeitsbedingungen zu garantieren.

Artikel 31

(1) Jede Vertragspartei kann diese Vereinbarung durch schriftliche Mitteilung an die luxemburgische Regierung kündigen; die luxemburgische Regierung setzt die anderen Vertragsparteien von dem Empfang dieser Mitteilung in Kenntnis. Die Kündigung muß vor dem 1. September eines Jahres erfolgen, damit sie am 1. September des folgenden Jahres wirksam werden kann.

(2) Die Vertragspartei, die diese Vereinbarung kündigt, verzichtet auf jeden Anteil an dem Vermögen der Schulen. Der Oberste Rat beschließt über die infolge der Kündigung durch eine Vertragspartei zu treffenden organisatorischen Maßnahmen, einschließlich der das Personal betreffenden Maßnahmen.

(3) Der Oberste Rat kann nach dem Abstimmungsmodus des Artikels 9 beschließen, eine Schule zu schließen. Nach dem gleichen Verfahren trifft er alle nach seinem Ermessen notwendigen Maßnahmen in bezug auf diese Schule, insbesondere hinsichtlich der Lage des Lehrpersonals sowie des Verwaltungs- und Dienstpersonals und der Aufteilung des Vermögens der Schule.

(4) Jede Vertragspartei kann eine Änderung dieser Vereinbarung beantragen. Sie übermittelt ihren Antrag der luxemburgischen Regierung; diese leitet gemeinsam mit der Vertragspartei, die den Vorsitz im Rat der Europäischen Gemeinschaften wahrnimmt, die erforderlichen Maßnahmen zur Einberufung einer Regierungskonferenz ein.

Artikel 32

Der Antrag eines jeden Staates, der Mitglied der Gemeinschaft wird, auf Beitritt zu dieser Vereinbarung ist schriftlich an die luxemburgische Regierung zu richten, die die anderen Vertragsparteien hiervon in Kenntnis setzt.

Der Beitritt wird am 1. September wirksam, der auf die Hinterlegung der Beitrittsurkunde bei der luxemburgischen Regierung folgt.

Mit Wirkung von diesem Zeitpunkt an wird die Zusammensetzung der Organe der Schulen entsprechend geändert.

Artikel 33

Dieser Vereinbarung wird von den Mitgliedstaaten, die Vertragsparteien sind, im Einklang mit ihren jeweiligen verfassungsrechtlichen Bestimmungen ratifiziert. Der Abschluß durch die Europäischen Gemeinschaften erfolgt gemäß den Verträgen zu ihrer Gründung. Die Ratifikationsurkunden und die Akten über die Notifizierung des Abschlusses dieser Vereinbarung werden bei der luxemburgischen Regierung hinterlegt, die auch die Satzung der Europäischen Schulen verwahrt. Die luxemburgische Regierung teilt die Hinterlegung den anderen Vertragsparteien mit.

Diese Vereinbarung tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden aller Mitgliedstaaten und der Akten über die Notifizierung des Abschlusses durch die Europäischen Gemeinschaften folgt.

Diese Vereinbarung ist in einer Urschrift in dänischer, deutscher, englischer, französischer, griechischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer und spanischer Sprache abgefaßt, wobei

jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; sie wird im Archiv der luxemburgischen Regierung hinterlegt, die den anderen Vertragsparteien eine beglaubigte Abschrift übermittelt.

Artikel 34

Diese Vereinbarung tritt an die Stelle der Satzung vom 12. April 1957 und des dazugehörigen Protokolls vom 13. April 1962.

Soweit in dieser Vereinbarung nichts anderes bestimmt ist, bleibt das Abkommen über die Europäische Abiturprüfung in Kraft.

Das Zusatzprotokoll betreffend die Münchener Schule, das unter Bezugnahme auf das Protokoll vom 13. April 1962 erstellt und am 15. Dezember 1975 in Luxemburg unterzeichnet wurde, wird von dieser Vereinbarung nicht berührt.

Bezugnahmen in vor dieser Vereinbarung verabschiedeten Rechtsakten betreffend die Schulen gelten als Bezugnahmen auf die entsprechenden Artikel dieser Vereinbarung.

Geschehen zu Luxemburg am einundzwanzigsten Juni neunzehnhundertvierundneunzig.

Anhang I

Europäische Schulen, für die diese Satzung gilt:

Europäische Schule Bergen	Europäische Schule Karlsruhe
Europäische Schule Brüssel I	Europäische Schule Luxemburg
Europäische Schule Brüssel II	Europäische Schule Mol
Europäische Schule Brüssel III*)	Europäische Schule München
Europäische Schule Culham	Europäische Schule Varese

Anhang II

Sprachen, in denen der Grundunterricht erteilt wird:

Dänisch	Französisch	Niederländisch
Deutsch	Griechisch	Portugiesisch
Englisch	Italienisch	Spanisch

*) Der Oberste Rat hat die Gründung dieser Schule auf seiner Tagung am 27. bis 29. Oktober 1992 beschlossen.

Gesetz
zu dem Abkommen vom 22. November 1995
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Dänemark
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
sowie bei den Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern
und zur Beistandsleistung in Steuersachen
(Deutsch-dänisches Steuerabkommen)

Vom 31. Oktober 1996

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 22. November 1995 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Beistandsleistung in Steuersachen (Deutsch-dänisches Steuerabkommen) sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 49 Abs. 2 sowie das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 31. Oktober 1996

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister der Finanzen
Theo Waigel

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Dänemark
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
sowie bei den Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern
und zur Beistandsleistung in Steuersachen
(Deutsch-dänisches Steuerabkommen)

Overenskomst
mellem Forbundsrepublikken Tyskland
og Kongeriget Danmark
til undgåelse af dobbeltbeskatning
for så vidt angår indkomst- og formueskatter
og for så vidt angår skatter i boer, af arv og af gave
samt vedrørende bistand i skattesager
(Tysk-Dansk skatte-overenskomst)

Die Bundesrepublik Deutschland
 und
 das Königreich Dänemark –

Forbundsrepublikken Tyskland
 og
 Kongeriget Danmark

von dem Wunsch geleitet, durch ein neues Abkommen, das den heutigen Beziehungen zwischen beiden Staaten und den Entwicklungen im Steuerrecht Rechnung trägt, die Doppelbesteuerung zu vermeiden und sich gegenseitig Beistand in Steuersachen zu leisten –

Som ønsker at undgå dobbeltbeskatning og at yde hinanden bistand i skattesager ved at indgå en ny overenskomst, som er i overensstemmelse med de gældende forhold mellem de to stater og med udviklingen i skattelovgivningen, er blevet enige om følgende bestemmelser:

sind wie folgt übereingekommen:

Abschnitt I
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1
Ziel des Abkommens

Die Vertragsstaaten wirken nach diesem Abkommen zusammen, um die Doppelbesteuerung zu vermeiden und die Steuererhebung zu sichern. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich hierzu in geeigneten Zeitabständen über Änderungen in ihren Steuergesetzen informieren und beraten, wie die genannten Ziele zu erreichen sind. Die zuständigen Behörden können im Rahmen dieses Abkommens unmittelbar miteinander verkehren.

Artikel 2
Geltungsbereich des Abkommens

(1) Dieses Abkommen gilt ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung für folgende Steuern, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden:

- a) Abschnitt II für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen; als solche gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder

Kapitel I
Almindelige bestemmelser

Artikel 1
Formålet med overenskomsten

De kontraherende stater skal arbejde sammen efter denne overenskomst for at undgå dobbeltbeskatning og for at sikre påligningen af skatter. De kontraherende staters kompetente myndigheder skal til dette formål informere hinanden med passende mellemrum om ændringer i deres skattelove, og de skal holde konsultationer om, hvorledes de ovenfor nævnte formål kan opnås. De kompetente myndigheder kan træde i direkte forbindelse med hinanden indenfor rammerne af denne overenskomst.

Artikel 2
Overenskomstens anvendelsesområde

1. Denne overenskomst skal finde anvendelse på følgende skatter, der pålignes på en kontraherende stats, dens politiske underafdelingers eller dens lokale myndigheders vegne, uden hensyn til hvorledes de opkræves:

- a) Kapitel II på indkomst- og formueskatter, hvortil skal anses alle skatter, der pålignes hele indkomsten, hele formuen eller dele af indkomsten eller formuen, herunder skatter på fortjeneste

des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs;

- b) Abschnitt III für Nachlaß- und Erbschaftsteuern sowie Schenkungsteuern; als solche gelten die Steuern, die
- aa) von Todes wegen als Nachlaßsteuern, Erbanfallsteuern, Abgaben vom Vermögensübergang oder Steuern von Schenkungen auf den Todesfall erhoben werden, oder
- bb) auf Übertragungen unter Lebenden nur deshalb erhoben werden, weil die Übertragungen unentgeltlich oder gegen ein zu geringes Entgelt vorgenommen werden;
- c) Abschnitt IV für Steuern jeder Art und Bezeichnung, soweit der Zusammenhang nichts anderes erfordert; ausgenommen sind jedoch Zölle, Monopolabgaben und Verbrauchsteuern; Mehrwertsteuern und Luxussteuern gelten nicht als Verbrauchsteuern im Sinne dieses Abschnitts.

(2) Die zur Zeit bestehenden Steuern, für die die Abschnitte des Abkommens gelten, sind in der Anlage zu diesem Abkommen aufgeführt.

(3) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden.

(4) In diesem Abkommen gelten

- a) der Abschnitt II für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind;
- b) der Abschnitt III für
- aa) Nachlässe und Erbschaften, wenn der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig war, und
- bb) Schenkungen, wenn der Schenker im Zeitpunkt der Schenkung in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig war;
- c) der Abschnitt IV für alle Personen, gleichgültig, ob sie in einem Vertragsstaat oder einem anderen Staat ansässig sind oder ob sie Staatsangehörige eines Vertragsstaats oder eines anderen Staates sind.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:

- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang, die Bundesrepublik Deutschland oder das Königreich Dänemark, und der Ausdruck „Staaten“ die Bundesrepublik Deutschland oder das Königreich Dänemark;
- b) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“ das Gebiet, in dem das Steuerrecht der Bundesrepublik Deutschland gilt, sowie die an das Küstenmeer der Bundesrepublik Deutschland grenzenden Gebiete des Meeresgrunds und Meeresuntergrunds und der darüberliegenden Gewässer, soweit die Bundesrepublik Deutschland dort zur Erforschung und zur Ausbeutung der Naturschätze in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte und die Hoheitsgewalt ausübt;
- c) bedeutet der Ausdruck „Dänemark“ das Königreich Dänemark einschließlich der Gebiete außerhalb des dänischen Küstenmeers, die in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht nach dänischem Recht als Gebiete ausgewiesen oder gegebenenfalls künftig noch ausgewiesen werden, in denen Dänemark zur Erforschung und zur Ausbeutung der Naturschätze des Meeresgrunds und Meeresuntergrunds und der darüberlie-

ved afhændelse af rörlig formue eller fast ejendom, så vel som skatter på formueforøgelse;

- b) Kapitel III på skatter i boer, af arv og af gave, hvortil skal anses skatter,
- aa) der pålignes som følge af død i form af skatter på dødsboets corpus (bomassen), som skatter på arv, som overførselsafgifter eller som skatter på donationes mortis causa (døds-gaver), eller
- bb) der pålignes på overførsler inter vivos (i levende live), men kun, fordi sådanne overførsler sker uden eller for mindre end fuldt vederlag;
- c) Kapitel IV på skatter af enhver art og beskrivelse, med mindre andet fremgår af sammenhængen, men ikke for toldafgifter, enerets-afgifter eller forbrugsafgifter; moms og luksus-skatter anses ikke for at være forbrugsafgifter i dette kapitel.

2. De gældende skatter, som kapitlerne i overenskomsten skal finde anvendelse på, er opregnet i bilaget til overenskomsten.

3. Overenskomsten skal også finde anvendelse på alle skatter af samme eller væsentlig samme art, der pålignes efter overenskomstens undertegnelse som tillæg til eller i stedet for de gældende skatter.

4. Denne overenskomst skal finde anvendelse på følgende:

- a) Kapitel II på personer, der er hjemmehørende i en af eller begge de kontraherende stater;
- b) Kapitel III på
- aa) dødsboer og arv i tilfælde, hvor arvelader på dødstidspunktet var hjemmehørende i en af eller begge de kontraherende stater, og
- bb) gaver i tilfælde, hvor giveren på gavetidspunktet var hjemmehørende i en af eller begge de kontraherende stater;
- c) Kapitel IV på enhver person, uanset han er hjemmehørende eller statsborger i en kontraherende stat eller en anden stat.

Artikel 3

Almindelige definitioner

1. Medmindre andet fremgår af sammenhængen, har i denne overenskomst følgende udtryk den nedenfor angivne betydning:

- a) Udtrykkene „en kontraherende stat“ og „den anden kontraherende stat“ betyder Forbundsrepublikken Tyskland eller Kongeriget Danmark alt efter sammenhængen, og udtrykket „staterne“ betyder Forbundsrepublikken Tyskland eller Kongeriget Danmark;
- b) udtrykket „Forbundsrepublikken Tyskland“ betyder det område, hvor Forbundsrepublikken Tysklands skattelove gælder, så vel som området med havbunden, dens undergrund og de overliggende vande, som støder op til Forbundsrepublikken Tysklands territorialfarvand, i det omfang Forbundsrepublikken Tyskland i overensstemmelse med folkeretten udøver suverænitetsrettigheder og jurisdiktion dér med efterforskning og udnyttelse af naturforekomster;
- c) udtrykket „Danmark“ betyder Kongeriget Danmark, herunder ethvert område uden for Danmarks territorialfarvand, som ifølge dansk lovgivning og i overensstemmelse med folkeretten er eller senere måtte blive betegnet som et område, inden for hvilket Danmark kan udøve suverænitetsrettigheder med hensyn til efterforskning og udnyttelse af naturforekomster på havbunden, dens undergrund og de overliggende vande og

- genden Gewässer und bezüglich anderer Tätigkeiten zur wirtschaftlichen Erforschung und Ausbeutung des betroffenen Gebiets souveräne Rechte ausüben kann; der Ausdruck umfaßt nicht die Färøer und Grønland;
- d) umfaßt der Ausdruck „Person“ natürliche Personen und Gesellschaften;
- e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die jeweilige Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- f) hat der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Naturschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen;
- g) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- h) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- i) umfaßt der Ausdruck „Vermögen, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ist“ alle Vermögenswerte, deren Übergang oder Übertragung einer unter Abschnitt III des Abkommens fallenden Steuer unterliegt;
- j) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
- aa) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
- bb) in bezug auf Dänemark alle natürlichen Personen, die die dänische Staatsangehörigkeit besitzen, und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in Dänemark geltenden Recht errichtet worden sind;
- k) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
- aa) auf seiten der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat;
- bb) auf seiten Dänemarks der Minister für die Besteuerung oder seinen bevollmächtigten Vertreter.
- (2) Bei Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.
- med hensyn til andre aktiviteter med henblik på økonomisk efterforskning og udnyttelse af området; udtrykket omfatter ikke Færøerne og Grønland;
- d) udtrykket „person“ omfatter en fysisk person og et selskab;
- e) udtrykket „selskab“ betyder enhver juridisk person eller enhver sammenslutning, der i skattemæssig henseende behandles som en juridisk person;
- f) udtrykket „fast ejendom“ skal tillægges den betydning, som det har i lovgivningen i den kontraherende stat, hvori ejendommen er beliggende. Udtrykket skal i alle tilfælde omfatte tilbehør til fast ejendom, husdyrbesætning og redskaber, der anvendes i land- og skovbrug, rettigheder på hvilke civilretten om fast ejendom finder anvendelse, brugsrettigheder til fast ejendom, samt rettigheder til varierende eller faste ydelser, der betales for udnyttelsen af eller retten til at udnytte mineralforekomster, kilder og andre naturforekomster; skibe, både og luftfartøjer skal ikke anses for fast ejendom;
- g) udtrykkene „foretagende i en kontraherende stat“ og „foretagende i den anden kontraherende stat“ betyder henholdsvis et foretagende, som drives af en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, og et foretagende, som drives af en person, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat;
- h) udtrykket „international trafik“ betyder enhver transport med et skib eller luftfartøj, der anvendes af et foretagende, hvis virkelige ledelse har sit sæde i en kontraherende stat, bortset fra tilfælde, hvor skibet eller luftfartøjet udelukkende anvendes mellem pladser i den anden kontraherende stat;
- i) udtrykket „ejendom, som udgør en del af dødsboet efter, eller en del af en gave ydet af, en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat“ omfatter alle formuegoder, hvis overdragelse eller overførsel er undergivet en skat, der er omfattet af kapitel III i overenskomsten;
- j) udtrykket „statsborger“ betyder
- aa) for så vidt angår Tyskland, enhver tysker som omhandlet i § 116, stykke 1, i Forbundsrepublikken Tyskland's grundlov og enhver juridisk person, interessentskab eller forening, der består i kraft af den gældende lovgivning i Forbundsrepublikken Tyskland;
- bb) for så vidt angår Danmark, enhver fysisk person, der har statsborgerret i Danmark, og enhver juridisk person, interessentskab eller forening, der består i kraft af den gældende lovgivning i Danmark;
- k) udtrykket „kompetent myndighed“ betyder
- aa) for så vidt angår Forbundsrepublikken Tyskland, Forbundsfinansministeriet eller det organ, hvortil det har delegeret sin myndighed;
- bb) for så vidt angår Danmark, skatteministeren eller hans befuldmægtigede stedfortræder.
2. Ved anvendelsen af overenskomsten i en kontraherende stat skal, medmindre andet følger af sammenhængen, ethvert udtryk, som ikke er defineret deri, tillægges den betydning, som det har i denne stats lovgivning om de skatter, hvorpå overenskomsten finder anvendelse.

Artikel 4

Ansässige Personen

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“

Artikel 4

Skattemæssigt hjemsted

1. I denne overenskomst betyder udtrykket „en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat“

- a) für Zwecke der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfaßt jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist;
- b) für Zwecke der Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern eine Person, die mit einem Nachlaß oder einer Schenkung nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfaßt jedoch nicht eine Person, deren Nachlaß oder Schenkung in diesem Staat nur mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5 Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;

a) for så vidt angår indkomst- og formueskatter, en person, som i henhold til lovgivningen i denne stat er skattepligtig dér på grund af hjemsted, bopæl, ledelsens sæde eller ethvert andet lignende kriterium. Dette udtryk omfatter dog ikke en person, hvis skattepligt i denne stat er begrænset til indkomst fra kilder i denne stat eller dér beroende formue;

b) for så vidt angår skatter i boer, af arv eller af gave, en person, som i henhold til lovgivningen i denne stat er skattepligtig dér med hensyn til et bo eller en gave på grund af hjemsted, bopæl, ledelsens sæde eller ethvert andet lignende kriterium. Dette udtryk omfatter dog ikke en person, hvis bo eller hvis gave er skattepligtig i denne stat udelukkende på grund af formuegoder, som befinder sig dér.

2. I tilfælde, hvor en fysisk person efter bestemmelserne i stykke 1 er hjemmehørende i begge de kontraherende stater, bestemmes hans status efter følgende regler:

- a) han skal anses for at være hjemmehørende i den stat, i hvilken han har en fast bolig til sin rådighed; hvis han har en fast bolig til sin rådighed i begge stater, skal han anses for at være hjemmehørende i den stat, med hvilken han har de stærkeste personlige og økonomiske forbindelser (midtpunkt for sine livsinteresser);
- b) hvis det ikke kan afgøres, i hvilken stat han har midtpunkt for sine livsinteresser, eller hvis han ikke har en fast bolig til sin rådighed i nogen af staterne, skal han anses for at være hjemmehørende i den stat, i hvilken han sædvanligvis har ophold;
- c) hvis han sædvanligvis har ophold i begge stater, eller hvis han ikke har sådant ophold i nogen af dem, skal han anses for at være hjemmehørende i den stat, i hvilken han er statsborger;
- d) hvis han er statsborger i begge stater, eller hvis han ikke er statsborger i nogen af dem, skal de kompetente myndigheder i de kontraherende stater afgøre spørgsmålet ved gensidig aftale.

3. I tilfælde, hvor en ikke-fysisk person efter bestemmelserne i stykke 1 er hjemmehørende i begge de kontraherende stater, skal den anses for at være hjemmehørende i den stat, i hvilken dens virkelige ledelse har sit sæde.

Artikel 5 Fast driftssted

1. I denne overenskomst betyder udtrykket „fast driftssted“ et fast forretningssted, gennem hvilket et foretagendes virksomhed helt eller delvis udøves.

2. Udtrykket „fast driftssted“ omfatter navnlig:

- a) et sted, hvorfra et foretagende ledes,
- b) en filial,
- c) et kontor,
- d) en fabrik,
- e) et værksted, og
- f) en mine, en olie- eller gaskilde, et stenbrud eller ethvert andet sted, hvor naturforekomster udvindes.

3. Et bygnings-, anlægs- eller monteringsarbejde udgør kun et fast driftssted, hvis det varer mere end 12 måneder.

4. Uanset de foranstående bestemmelser i denne artikel skal udtrykket „fast driftssted“ anses for ikke at omfatte:

- a) anvendelsen af indretninger udelukkende til oplagring, udstilling eller udlevering af varer tilhørende foretagendet;

- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, daß die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.
- b) opretholdelsen af et varelager, tilhørende foretagendet, udelukkende til oplagring, udstilling eller udlevering;
- c) opretholdelsen af et varelager, tilhørende foretagendet, udelukkende til bearbejdelse eller forarbejdelse hos et andet foretagende;
- d) opretholdelsen af et fast forretningssted udelukkende for at foretage indkøb af varer eller indsamle oplysninger til foretagendet;
- e) opretholdelsen af et fast forretningssted udelukkende for at udøve enhver anden virksomhed af forberedende eller hjælpende art for foretagendet;
- f) opretholdelsen af et fast forretningssted udelukkende til udøvelse af flere af de i litra a) - e) nævnte formål, forudsat, at virksomheden på det faste forretningssted, der er et resultat af denne kombination, er af forberedende eller hjælpende art.

(5) Ist eine Person, mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6, für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 für Zwecke des Abschnitts II so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen würden.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

5. I tilfælde, hvor en person, der ikke er en sådan uafhængig repræsentant, som omhandles i stykke 6, handler på et foretagendes vegne og har og sædvanligvis udøver i en kontraherende stat en fuldmagt til at indgå aftaler i foretagendets navn, anses foretagendet uanset bestemmelserne i stykke 1 og 2 for ved anvendelsen af kapitel II at have fast driftssted i denne stat med hensyn til enhver virksomhed, som han foretager for foretagendet, medmindre hans virksomhed er begrænset til sådanne, som nævnt i stykke 4, som, hvis den udøves gennem et fast forretningssted, ikke ville gøre dette faste forretningssted til et fast driftssted i henhold til bestemmelserne i pågældende stykke.

6. Et foretagende skal ikke anses for at have et fast driftssted i en kontraherende stat, blot fordi det driver erhvervsvirksomhed i denne stat gennem en mægler, kommissionær eller anden uafhængig repræsentant, forudsat at disse personer handler inden for rammerne af deres sædvanlige erhvervsvirksomhed.

7. Den omstændighed, at et selskab, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, behersker eller beherskes af et selskab, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, eller som (enten gennem et fast driftssted eller på anden måde) udøver erhvervsvirksomhed i denne anden stat, skal ikke i sig selv medføre, at et af de to selskaber anses for et fast driftssted for det andet.

Abschnitt II Besteuerung des Einkommens und Vermögens

Artikel 6 Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Kapitel II Beskatning af indkomst og formue

Artikel 6 Indkomst af fast ejendom

1. Indkomst, som en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, oppebærer af fast ejendom (herunder indkomst af land- og skovbrug), der er beliggende i den anden kontraherende stat, kan beskattes i denne anden stat.

2. Bestemmelserne i stykke 1 skal finde anvendelse på indkomst, der hidrører fra direkte brug, udlejning eller bortforpagtning så vel som fra enhver anden form for benyttelse af fast ejendom.

3. Bestemmelserne i stykke 1 og 2 skal også finde anvendelse på indkomst af fast ejendom, der tilhører et foretagende, og på indkomst af fast ejendom, der anvendes ved udøvelsen af frit erhverv.

Artikel 7**Unternehmensgewinne**

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Staat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, daß dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muß jedoch derart sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8**Schifffahrt, Binnenschifffahrt und Luftfahrt**

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet. Zu diesen Gewinnen gehören auch Einkünfte des Unternehmens aus der Benutzung, Unterhaltung oder Vermietung von Containern (einschließlich Trailerschiffen, Leichtern und ähnlichem Gerät für die Beförderung von Containern), die für die Beförderung von Gütern oder Waren im internationalen Verkehr benutzt werden, wenn diese Einkünfte den im vorhergehenden Satz genannten Gewinnen zugerechnet werden können.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der See- oder Binnenschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem

Artikel 7**Fortjeneste ved erhvervsvirksomhed**

1. Fortjeneste indvundet af et foretagende i en kontraherende stat kan kun beskattes i denne stat, medmindre foretagendet driver erhvervsvirksomhed i den anden kontraherende stat gennem et dér beliggende fast driftssted. Såfremt foretagendet driver sådan virksomhed, kan dets fortjeneste beskattes i den anden stat, men dog kun for så vidt angår den del deraf, som kan henføres til dette faste driftssted.

2. I tilfælde, hvor et foretagende i en kontraherende stat driver erhvervsvirksomhed i den anden kontraherende stat gennem et dér beliggende fast driftssted, skal der under iagttagelse af bestemmelserne i stykke 3 i hver kontraherende stat til dette faste driftssted henføres den fortjeneste, som det kunne forventes at have opnået, hvis det havde været et frit og uafhængigt foretagende, som udøvede den samme eller lignende virksomhed på samme eller lignende vilkår, og som under fuldstændig frie forhold afsluttede forretninger med det foretagende, hvis faste driftssted det er.

3. Ved fastsættelsen af et fast driftssteds fortjeneste skal det være tilladt at fradrage udgifter, som er afholdt for det faste driftssted, herunder udgifter til ledelse og almindelig administration, hvad enten de er afholdt i den stat, hvori det faste driftssted er beliggende, eller andre steder.

4. I det omfang det har været sædvanen i en kontraherende stat at fastsætte den fortjeneste, der kan henføres til et fast driftssted, på grundlag af en fordeling af foretagendets samlede fortjeneste mellem dets forskellige afdelinger, skal intet i stykke 2 udelukke denne kontraherende stat fra at fastsætte den skattepligtige fortjeneste på grundlag af en sådan sædvanemæssig fordeling; den valgte fordelingsmetode skal imidlertid være sådan, at resultatet bliver i overensstemmelse med de principper, der er fastlagt i denne artikel.

5. Ingen fortjeneste skal kunne henføres til et fast driftssted, blot fordi dette faste driftssted har foretaget indkøb af varer for foretagendet.

6. Ved anvendelsen af de foranstående stykker skal den fortjeneste, der henføres til det faste driftssted, fastsættes efter samme metode år for år, medmindre der er god og fyldestgørende grund for en anden fremgangsmåde.

7. I tilfælde, hvor en fortjeneste omfatter indkomster, som er omhandlet særskilt i andre artikler i denne overenskomst, skal bestemmelserne i disse andre artikler ikke berøres af bestemmelserne i denne artikel.

Artikel 8**Skibsfart, transport ad indre vandveje og luftfart**

1. Fortjeneste ved skibs- eller luftfartsvirksomhed i international trafik kan kun beskattes i den kontraherende stat, hvori foretagendets virkelige ledelse har sit sæde. Sådan fortjeneste omfatter også indkomst indvundet af foretagendet ved anvendelse, vedligeholdelse eller udlejning af containere (herunder anhängere, pramme og lignende materiel til transport af containere), anvendt til transport af varer i international trafik, hvis denne indkomst udgør en del af den fortjeneste, som er omhandlet i den foregående sætning.

2. Fortjeneste ved driften af både, der anvendes ved transport ad indre vandveje, kan kun beskattes i den kontraherende stat, hvori foretagendets virkelige ledelse har sit sæde.

3. Såfremt den virkelige ledelse for et foretagende, der driver skibsfartsvirksomhed, eller transportvirksomhed ad indre vandveje, har sit sæde om bord på et skib eller en båd, skal foretagendet

der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(4) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

(5) Im Zusammenhang mit Gewinnen des dänischen, norwegischen und schwedischen Lufttransportkonsortiums Scandinavian Airlines System (SAS) gelten die Absätze 1 und 4 nur für den Teil der Gewinne, der der Beteiligung der Det Danske Luftfartsselskab (DDL), des dänischen Gesellschafters des Scandinavian Airlines System (SAS), an dem Konsortium entspricht.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet, und entsprechend besteuert, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich mit Einverständnis des anderen Vertragsstaats bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor, soweit dies zur Vermeidung der Doppelbesteuerung erforderlich ist. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, 15 vom Hundert des Bruttobetrag der Dividenden nicht übersteigen. Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 darf die Steuer 5 vom Hundert des Bruttobetrag der Dividenden nicht übersteigen, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine Gesellschaft ist, der unmittelbar mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die

anses for at have sit sæde i den kontraherende stat, i hvilken skibet eller båden har sit hjemsted, eller, såfremt et sådant ikke findes, i den kontraherende stat, i hvilken skibets eller bådens reder er hjemmehørende.

4. Bestemmelserne i stykke 1 og 2 skal også finde anvendelse på fortjeneste ved deltagelse i en pool, i et forretningsfællesskab (joint business) eller i en international driftsorganisation.

5. Med hensyn til fortjeneste oppebåret af det danske, norske og svenske luftfartskonsortium Scandinavian Airlines System (SAS) skal bestemmelserne i stykke 1 og 4 kun finde anvendelse på den del af fortjenesten, som svarer til den andel i konsortiet, der ejes af den danske partner i Scandinavia Airlines System (SAS), Det Danske Luftfartsselskab (DDL).

Artikel 9

Indbyrdes forbundne foretagender

1. I tilfælde, hvor

- a) et foretagende i en kontraherende stat direkte eller indirekte deltager i ledelsen af, kontrollen af eller kapitalen i et foretagende i den anden kontraherende stat, eller
- b) samme personer direkte eller indirekte deltager i ledelsen af, kontrollen af eller kapitalen i såvel et foretagende i en kontraherende stat som et foretagende i den anden kontraherende stat,

og der i noget af disse tilfælde mellem de to foretagender er aftalt eller fastsat vilkår vedrørende deres kommercielle eller finansielle forbindelser, der afviger fra de vilkår, som ville være aftalt mellem uafhængige foretagender kan enhver fortjeneste, som, hvis disse vilkår ikke havde foreligget, ville være tilfaldet et af disse foretagender, men som på grund af disse vilkår ikke er tilfaldet dette, medregnes til dette foretagendes fortjeneste og beskattes i overensstemmelse hermed.

2. I tilfælde, hvor en kontraherende stat til fortjenesten for et foretagende i denne stat medregner, og i overensstemmelse hermed beskatter, fortjeneste, som et foretagende i den anden kontraherende stat er blevet beskattet af i denne anden stat, og denne anden kontraherende stat er enig i, at den således medregnede fortjeneste er fortjeneste, som ville være tilfaldet foretagendet i den førstnævnte stat, hvis vilkårene mellem de to foretagender havde været de samme, som ville være aftalt mellem uafhængige foretagender så skal denne anden stat foretage en dertil svarende regulering af det skattebeløb, som er beregnet dér af fortjenesten, i det omfang dette er nødvendigt for at undgå dobbeltbeskatning. Ved reguleringen skal der tages hensyn til de øvrige bestemmelser i denne overenskomst, og de kontraherende staters kompetente myndigheder skal om nødvendigt rådføre sig med hinanden.

Artikel 10

Udbytte

1. Udbytte, som udbetales af et selskab, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, til en person, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, kan beskattes i denne anden stat.

2. Sådant udbytte kan også beskattes i den kontraherende stat, hvori det udbyttebetalende selskab er hjemmehørende, i henhold til lovgivningen i denne stat, men den skat der pålignes må, såfremt modtageren er udbyttets retmæssige ejer, ikke overstige 15 pct. af bruttobeløbet af udbyttet. Dette stykke berører ikke adgangen til at beskatte selskabet af den fortjeneste, hvoraf udbyttet er udbetalt.

3. Uanset stykke 2 må skatten ikke overstige 5 pct. af bruttobeløbet af udbyttet, hvis den retmæssige ejer af udbyttet er et selskab, som direkte ejer mindst 10 pct. af kapitalen i det udbyttebetalende selskab. Dette stykke berører ikke en gunstigere be-

Dividenden zahlenden Gesellschaft gehört. Dieser Absatz berührt nicht eine günstigere Behandlung der Dividenden aufgrund der Richtlinie Nr. 90/435/EWG des Rates über das gemeinsame Steuersystem der Mutter- und Tochtergesellschaften verschiedener Mitgliedstaaten vom 23. Juli 1990 (ABl. EG Nr. L 225 S. 6).

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Einkünften, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind. Der Ausdruck „Dividenden“ umfaßt in der Bundesrepublik Deutschland auch Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter, Einkünfte aus partiarischen Darlehen, Gewinnobligationen und ähnliche gewinnabhängige Vergütungen sowie Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(5) Abweichend von den Absätzen 2 und 3 können Einkünfte aus Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder aus partiarischen Darlehen und Gewinnobligationen) in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, und nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie dort bei der Ermittlung des Gewinns des Schuldners abzugsfähig sind. Die Steuer darf aber 25 vom Hundert des Bruttobetrags der Einkünfte nicht übersteigen.

(6) Die Absätze 1, 2 und 5 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(7) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, daß diese Dividenden an eine in diesem anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder daß die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer in diesem anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels. Der Ausdruck „Zinsen“ umfaßt jedoch nicht die in Artikel 10 behandelten Einkünfte.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch

handling af udbyttet i henhold til direktiv 90/435/EØF af 23. juli 1990 om en fælles beskatningsordning for moder- og datterselskaber fra forskellige medlemsstater (EFT nr. L 225/6).

4. Udtrykket „udbytte“ betyder i denne artikel indkomst af aktier, „jouissance“ aktier eller „jouissance“ rettigheder, mineaktier, stifteranparter eller andre rettigheder, der ikke er gældsfordringer og som giver ret til andel i fortjeneste, såvel som anden indkomst, der er undergivet samme skattemæssige behandling som indkomst af aktier i henhold til lovgivningen i den stat, i hvilken det udloddende selskab er hjemmehørende. Udtrykket „udbytte“ omfatter ligeledes i Forbundsrepublikken Tyskland en stille deltagers indkomst fra hans deltagelse som sådan, indkomst fra et „partiarisches Darlehen“, „Gewinnobligationer“ og lignende overskuds-afhængig afkast så vel som udlodninger fra certifikater i investeringsforeninger.

5. Uanset stykke 2 og 3 kan indkomst, som oppebæres fra rettigheder eller fordringer, der deltager i overskud (herunder i Forbundsrepublikken Tyskland en stille deltagers indkomst fra hans deltagelse som sådan eller fra et „partiarisches Darlehen“ eller „Gewinnobligationer“), beskattes i den kontraherende stat, hvorfra den hidrører, i henhold til lovgivningen i denne stat, hvis den er fradragsberettiget ved tastsættelsen af skyldnerens overskud. Den skat som pålignes må dog ikke overstige 25 pct. af bruttobeløbet af denne indkomst.

6. Bestemmelserne i stykke 1, 2 og 5 skal ikke finde anvendelse, såfremt udbyttets retmæssige ejer, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, driver erhvervsvirksomhed i den anden kontraherende stat, i hvilken det udbyttebetalende selskab er hjemmehørende, gennem et dér beliggende fast driftssted eller udover frit erhverv i denne anden stat fra et dér beliggende fast sted, og den aktiebesiddelse, som ligger til grund for udlodningen af udbyttet, har direkte forbindelse med et sådant fast driftssted eller fast sted. I så fald skal bestemmelserne henholdsvis i artikel 7 eller i artikel 14 finde anvendelse.

7. I tilfælde, hvor et selskab, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, oppebærer fortjeneste eller indkomst fra den anden kontraherende stat, må denne anden stat ikke påligne nogen skat på udbytte, som udbetales af selskabet, undtagen i det omfang udbyttet udbetales til en person, der er hjemmehørende i denne anden stat, eller i det omfang den aktiebesiddelse, som ligger til grund for udlodningen af udbyttet, har direkte forbindelse med et fast driftssted eller et fast sted, der er beliggende i denne anden stat, eller undergive selskabets ikke-udloddede fortjeneste nogen skat på ikke-udloddet fortjeneste, selv om det udbetalte udbytte eller den ikke-udloddede fortjeneste helt eller delvis består af fortjeneste eller indkomst hidrørende fra denne anden stat.

Artikel 11

Renter

1. Renter, der hidrører fra en kontraherende stat og betales til en person, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, kan, hvis denne person er den retmæssige ejer, kun beskattes i denne anden stat.

2. Udtrykket „renter“ betyder i denne artikel indkomst af gældsfordringer af enhver art, hvad enten de er sikrede ved pant i fast ejendom eller ikke, og hvad enten de indeholder en ret til andel i skyldnerens fortjeneste eller ikke, og især indkomst af statsgældsbeviser og indkomst af obligationer eller forskrivninger, herunder agibeløb og gevinster, der knytter sig til sådanne gældsbeviser, obligationer eller forskrivninger. Straffillæg som følge af for sen betaling skal ikke anses for renter i denne artikel. Udtrykket „renter“ omfatter dog ikke indkomst, som er omfattet af artikel 10.

3. Bestemmelserne i stykke 1 skal ikke finde anvendelse, såfremt renternes retmæssige ejer, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, driver erhvervsvirksomhed i den anden kon-

eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigt der als Zinsen gezahlte Betrag, aus welchen Gründen auch immer, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen als Zins vereinbart hätten, so gilt dieser Artikel für den übersteigenden Zinsbetrag nicht. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, Filme oder Videoband-Aufnahmen für das Fernsehen oder Bandaufnahmen für den Rundfunk, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so gilt dieser Artikel für den übersteigenden Betrag nicht. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können in diesem anderen Staat besteuert werden. Gewinne aus der Veräußerung von Aktien, Rechten oder Beteiligungen an einer Gesellschaft, einer anderen juristischen Person oder einer Personengesellschaft, deren Vermögen hauptsächlich aus in einem Vertragsstaat gelegenen unbeweglichem Vermögen oder Rechten daran oder aus Anteilen an einer Gesellschaft, deren Vermögen hauptsächlich aus diesem in einem Vertragsstaat gelegenen unbeweglichem Vermögen oder Rechten daran besteht, können in dem Staat besteuert werden, in dem das unbewegliche Vermögen gelegen ist.

traherende stat, hvorfra renterne hidrører, gennem et dér beliggende fast driftssted eller udøver frit erhverv i denne anden stat fra et dér beliggende fast sted, og den fordring, som ligger til grund for de udbetalte renter, har direkte forbindelse med et sådant fast driftssted eller fast sted. I så fald skal bestemmelserne henholdsvis i artikel 7 eller i artikel 14 finde anvendelse.

4. I tilfælde, hvor der er en særlig forbindelse mellem den, der betaler renterne, og den retmæssige ejer, eller mellem disse og en tredje person, og det som rente betalte beløb overstiger – uanset af hvilken grund – det rentebeløb, som ville være blevet aftalt mellem skyldneren og den retmæssige ejer, såfremt den nævnte forbindelse ikke havde foreligget, skal bestemmelserne i denne artikel ikke finde anvendelse på det overskydende rentebeløb. I så fald skal det overskydende beløb kunne beskattes i overensstemmelse med lovgivningen i hver af de kontraherende stater under hensyntagen til de øvrige bestemmelser i denne overenskomst.

Artikel 12

Royalties

1. Royalties, der hidrører fra en kontraherende stat og betales til en person, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, kan, hvis denne person er den retmæssige ejer, kun beskattes i denne anden stat.

2. Udtrykket „royalties“ betyder i denne artikel betalinger af enhver art, der modtages som vederlag for anvendelsen af eller retten til at anvende enhver ophavsret til et litterært, kunstnerisk eller videnskabeligt arbejde herunder spillefilm, film- eller videobåndoptagelser til fjernsyn eller optagelser til radio, ethvert patent, varemærke, mønster eller model, tegning, hemmelig formel eller fremstillingsmetode eller for oplysninger om industrielle, kommercielle eller videnskabelige erfaringer.

3. Bestemmelserne i stykke 1 skal ikke finde anvendelse, såfremt royaltybeløbets retmæssige ejer, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, driver erhvervsvirksomhed i den anden kontraherende stat, hvorfra royaltybeløbet hidrører, gennem et dér beliggende fast driftssted eller udøver frit erhverv i denne anden stat fra et dér beliggende fast sted, og den rettighed eller ejendom, som ligger til grund for de udbetalte royalties, har direkte forbindelse med et sådant fast driftssted eller fast sted. I så fald skal bestemmelserne henholdsvis i artikel 7 eller i artikel 14 finde anvendelse.

4. I tilfælde, hvor en særlig forbindelse mellem den, der betaler royalties, og den retmæssige ejer, eller mellem disse og en tredje person, har bevirket, at de betalte royalties, når hensyn tages til den anvendelse, rettighed eller oplysning, for hvilken de er betalt, overstiger det beløb, som ville være blevet aftalt mellem skyldneren og den retmæssige ejer, såfremt den nævnte forbindelse ikke havde foreligget, skal bestemmelserne i denne artikel ikke finde anvendelse på det overskydende beløb. I så fald skal det overskydende beløb kunne beskattes i overensstemmelse med lovgivningen i hver af de kontraherende stater under hensyntagen til de øvrige bestemmelser i denne overenskomst.

Artikel 13

Fortjeneste ved afhændelse af formuegenstande

1. Fortjeneste, som en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, erhverver ved afhændelse af fast ejendom som er beliggende i den anden kontraherende stat, kan beskattes i denne anden stat. Fortjeneste ved afhændelse af aktier, rettigheder eller en andel i et selskab, enhver anden juridisk person eller et interessentskab, hvis aktiver hovedsagelig består af, eller af rettigheder til, fast ejendom, der er beliggende i en kontraherende stat, eller af aktier i et selskab, hvis aktiver hovedsagelig består af, eller af rettigheder til, sådan fast ejendom, der er beliggende i en kontraherende stat, kan beskattes i den stat, hvori den faste ejendom er beliggende.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet. Artikel 8 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden.

Im Zusammenhang mit Gewinnen des dänischen, norwegischen und schwedischen Lufttransportkonsortiums Scandinavian Airlines System (SAS) gilt dieser Absatz nur für den Teil der Gewinne, der der Beteiligung der Det Danske Luftfartsselskab (DDL), des dänischen Gesellschafters des Scandinavian Airlines System (SAS), an dem Konsortium entspricht.

(4) Einkünfte oder Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 3 nicht genannten Vermögens können nur in dem Staat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

(5) Bei einer natürlichen Person, die in einem Vertragsstaat mindestens fünf Jahre ansässig war und im anderen Vertragsstaat ansässig geworden ist, berührt Absatz 4 nicht das Recht des erstgenannten Staates, nach seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften bei der Person den Vermögenszuwachs hinsichtlich von Anteilen bis zu ihrem Wohnsitzwechsel zu besteuern. Wird bei späterer Veräußerung der Aktien der daraus erzielte Gewinn in dem anderen Vertragsstaat nach Absatz 4 besteuert, so läßt der andere Staat den Betrag, der der im erstgenannten Staat gezahlten Einkommensteuer entspricht, zum Abzug von der Steuer von diesem Einkommen zu. Der Abzug darf aber den Teil der vor dem Abzug ermittelten Einkommensteuer nicht übersteigen, der auf das Einkommen entfällt, das im erstgenannten Staat nach dem ersten Satz dieses Absatzes besteuert werden kann.

Artikel 14 Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so können die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Artikel 15 Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18, 19 und 20 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

2. Fortjeneste ved afhændelse af rørlig formue, der udgør en del af erhvervsformuen i et fast driftssted, som et foretagende i en kontraherende stat har i den anden kontraherende stat, eller ved afhændelse af rørlig formue, der hører til et fast sted, som en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, har til rådighed til udøvelse af frit erhverv i den anden kontraherende stat, herunder også fortjeneste ved afhændelse af et sådant fast driftssted (særskilt eller sammen med hele foretagendet), eller af et sådant fast sted, kan beskattes i denne anden stat.

3. Fortjeneste ved afhændelse af skibe eller luftfartøjer, der anvendes i international trafik, af både, der anvendes ved transport ad indre vandveje, eller af rørlig formue, som er knyttet til driften af sådanne skibe, luftfartøjer eller både, kan kun beskattes i den kontraherende stat, hvori foretagendets virkelige ledelse har sit sæde. Artikel 8, stykke 3, skal finde tilsvarende anvendelse.

Med hensyn til fortjeneste oppebåret af det danske, norske og svenske luftfartskonsortium Scandinavian Airlines System (SAS) skal bestemmelserne i dette stykke kun finde anvendelse på den del af fortjenesten, som svarer til den andel i konsortiet, der ejes af den danske partner i Scandinavian Airlines System (SAS), Det Danske Luftfartsselskab (DDL).

4. Indkomst eller fortjeneste ved afhændelse af alle andre aktiver end de i stykke 1, 2 og 3 omhandlede kan kun beskattes i den kontraherende stat, hvori afhænderen er hjemmehørende.

5. I tilfælde, hvor en fysisk person, som var hjemmehørende i en kontraherende stat for en periode af mindst 5 år, og som er blevet hjemmehørende i den anden kontraherende stat, skal stykke 4 ikke berøre den førstnævnte stats ret til i henhold til dens nationale lovgivning at beskatte personen af værdistigning på aktier op til flytningen af hjemsted. Når aktierne efterfølgende afhændes og fortjenesten ved sådan afhændelse bliver beskattet i den anden kontraherende stat i henhold til stykke 4, skal den anden stat indrømme fradrag i skatten af den indkomst for et beløb svarende til den indkomstskat, som var betalt i den førstnævnte stat. Et sådant fradrag skal dog ikke kunne overstige den del af indkomstkatten, som beregnet inden fradraget er indrømmet, som kan henføres til den indkomst, som kan beskattes i førstnævnte stat i henhold til første sætning i dette stykke.

Artikel 14 Frit erhverv

1. Indkomst ved frit erhverv eller ved andet arbejde af selvstændig karakter oppebåret af en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, kan kun beskattes i denne stat, medmindre han har et fast sted, som til stadighed står til rådighed for ham i den anden kontraherende stat med henblik på udøvelse af hans virksomhed. Såfremt han har et sådant fast sted, kan indkomsten beskattes i den anden stat, men kun i det omfang den kan henføres til dette faste sted.

2. Udtrykket „frit erhverv“ omfatter især selvstændig videnskabelig, litterær, kunstnerisk, uddannende eller undervisende virksomhed samt selvstændig virksomhed som læge, advokat, ingeniør, arkitekt, tandlæge og revisor.

Artikel 15 Personligt arbejde i tjenesteforhold

1. Såfremt bestemmelserne i artiklerne 16, 18, 19 og 20 ikke medfører andet, kan gage, løn og andet lignende vederlag for personligt arbejde i tjenesteforhold oppebåret af en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, kun beskattes i denne stat, medmindre arbejdet er udført i den anden kontraherende stat. Er arbejdet udført dér, kan det vederlag, som oppebæres herfor, beskattes i denne anden stat.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) die unselbständige Arbeit im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahrs ausgeübt wird und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs, das im internationalen Verkehr betrieben wird, oder an Bord eines Schiffes, das der Binnenschifffahrt dient, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet. Wenn eine in Dänemark ansässige Person Vergütungen für unselbständige Arbeit bezieht, die an Bord eines Luftfahrzeugs ausgeübt wird, das im internationalen Verkehr von dem Konsortium Scandinavian Airlines System (SAS) betrieben wird, können diese Vergütungen nur in Dänemark besteuert werden.

(4) Die Bestimmungen des Absatzes 2 finden keine Anwendung auf Vergütungen für Arbeit im Rahmen gewerbsmäßiger Arbeitnehmerüberlassung. Die zuständigen Behörden treffen nach Artikel 43 die Vereinbarungen, die notwendig sind, um eine doppelte Erhebung von Abzugsteuern zu vermeiden und die Steueransprüche der beiden Vertragsstaaten zu sichern.

Artikel 16

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen

(1) Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrats- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person oder mehrere solche Personen in ihrer Eigenschaft als nach dem Handelsrecht verantwortliche Leiter einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft beziehen, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließend Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Tätigkeiten von Künstlern und Sportlern, wenn der Aufenthalt in einem Vertragsstaat ganz oder in wesentlichem Umfang unmittelbar oder mittelbar aus öffentlichen Kassen des anderen Vertragsstaats unterstützt wird.

2. Unset bestemmelseerne i stykke 1 kan vederlag, som en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, oppebærer for personligt arbejde i tjenesteforhold, udført i den anden kontraherende stat, kun beskattes i den førstnævnte stat, såfremt:

- a) arbejdet er udført i den anden stat i en periode eller i perioder, der tilsammen ikke overstiger 183 dage i det pågældende kalenderår, og
- b) vederlaget betales af en arbejdsgiver eller for en arbejdsgiver, der ikke er hjemmehørende i den anden stat, og
- c) vederlaget ikke udredes af et fast driftssted eller et fast sted, som arbejdsgiveren har i den anden stat.

3. Unset de foranstående bestemmelser i denne artikel kan vederlag for personligt arbejde i tjenesteforhold, som udføres om bord på et skib eller luftfartøj, der anvendes i international trafik eller om bord på en båd, der anvendes til transport af indre vandveje, beskattes i den kontraherende stat, i hvilken foretagendets virkelige ledelse har sit sæde. I tilfælde, hvor en person, der er hjemmehørende i Danmark, modtager vederlag for personligt arbejde udført på et luftfartøj, drevet af Scandinavian Airlines System (SAS) i international trafik, kan et sådant vederlag kun beskattes i Danmark.

4. Bestemmelseerne i stykke 2 skal ikke finde anvendelse for vederlag for arbejde inden for rammene af professionel udlejning af arbejdskraft. I henhold til artikel 43 skal de kompetente myndigheder indgå de nødvendige aftaler for at undgå dobbelt påligning af kildeskatte og for at sikre begge kontraherende staters skattekrav.

Artikel 16

Bestyrelseshonorarer

1. Bestyrelseshonorarer og lignende betalinger, som oppebæres af en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, i hans egenskab af medlem af bestyrelsen for et selskab, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, kan beskattes i denne anden stat.

2. Løn, gage og andet lignende vederlag, som oppebæres af en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, eller flere sådanne personer i egenskab af funktionær, der efter erhvervslovgivningen er ansvarlig for ledelsen af et selskab, som er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, kan beskattes i denne anden stat.

Artikel 17

Kunstnere og sportsfolk

1. Unset bestemmelseerne i artiklerne 7, 14 og 15 kan indkomst, som en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, oppebærer som optrædende kunstner, såsom teater-, film-, radio- eller fjernsynskunstner, eller musiker, eller som sportsmand, ved hans virksomhed, udøvet i denne egenskab i den anden kontraherende stat, beskattes i denne anden stat.

2. I tilfælde, hvor indkomst ved den virksomhed, som udøves af en optrædende kunstner eller en sportsmand i hans egenskab som sådan, ikke tilfalder kunstneren eller sportsmanden selv, men en anden person, kan denne indkomst, unset bestemmelseerne i artiklerne 7, 14 og 15, beskattes i den kontraherende stat, i hvilken kunstnerens eller sportmandens virksomhed udøves.

3. Bestemmelseerne i stykke 1 og 2 skal ikke finde anvendelse for virksomhed fra kunstnere og sportsfolk, hvis deres besøg i en kontraherende stat udelukkende eller i væsentligt omfang direkte eller indirekte er støttet af offentlige midler fra den anden kontraherende stat.

Artikel 18**Ruhegehälter und ähnliche Zahlungen**

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Leistungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aufgrund des Sozialversicherungsrechts des anderen Vertragsstaats erhält, nur in diesem anderen Staat besteuert werden.

(3) Ruhegehälter und andere wiederkehrende oder einmalige Zahlungen, die ein Vertragsstaat oder eine andere juristische Person des öffentlichen oder privaten Rechts dieses Staates als Vergütung für einen Schaden leistet, der als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden ist, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Im Fall einer natürlichen Person, die in einem Vertragsstaat ansässig war und die im anderen Vertragsstaat ansässig geworden ist, berührt Absatz 1 oder Artikel 21 nicht das Recht des erstgenannten Staates, nach seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften die Ruhegehälter, ähnliche Vergütungen und Renten zu besteuern, die der natürlichen Person aus dem erstgenannten Staat zufließen, es sei denn, diese Person ist im anderen Staat vor Inkrafttreten des Abkommens ansässig geworden.

(5) Der Ausdruck „Renten“ bedeutet bestimmte Beträge, die regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslänglich oder während eines bestimmten oder bestimmbarer Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zahlbar sind, die diese Zahlungen als angemessene Gegenleistung für in Geld oder Geldeswert bewirkte Leistungen vorsieht.

(6) Unterhaltszahlungen oder ähnliche Leistungen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können nur im anderen Staat besteuert werden. Bei der Festsetzung des steuerpflichtigen Einkommens einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen natürlichen Person wird in bezug auf Unterhaltszahlungen oder ähnliche Leistungen, die an eine in Dänemark ansässige natürliche Person erbracht werden, der Betrag berücksichtigt, der berücksichtigt würde, wenn die letztgenannte Person in der Bundesrepublik Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig wäre.

Artikel 19**Zahlungen aus öffentlichen Kassen**

(1) Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts eines der beiden Staaten an eine natürliche Person für geleistete Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden, die natürliche Person in diesem Staat ansässig und nicht ein Staatsangehöriger des erstgenannten Staates ist und der erstgenannte Staat von dem ihm nach Satz 1 zustehenden Besteuerungsrecht nach seiner Gesetzgebung keinen Gebrauch machen kann.

(2) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts eines der beiden Staaten an eine natürliche Person für frühere Dienstleistungen gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(3) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts eines der Staaten erbracht werden, sind die Artikel 15, 16 und 18 anzuwenden.

Artikel 18**Pensioner og lignende betalinger**

1. Såfremt bestemmelserne i artikel 19, stykke 2, ikke medfører andet, kan pensioner og lignende betalinger, der udbetales for tidligere personligt arbejde i tjenesteforhold til en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, kun beskattes i denne stat.

2. Uanset bestemmelserne i stykke 1 kan betalinger, som en fysisk person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, oppebærer i henhold til sociallovgivningen i den anden kontraherende stat, kun beskattes i denne anden stat.

3. Pensioner og andre periodiske eller ikke-periodiske betalinger, som en kontraherende stat eller en anden juridisk person under denne stats offentligretlige eller privatretlige lovgivning yder som godtgørelse for skade, der er opstået som følge af krigshandlinger eller politisk forfølgelse, kan kun beskattes i denne stat.

4. For så vidt angår en fysisk person, som var hjemmehørende i en kontraherende stat og som er blevet hjemmehørende i den anden kontraherende stat, skal stykke 1 eller artikel 21 ikke berøre den førstnævnte stats ret til i henhold til dens nationale lovgivning at beskatte pensioner, andre lignende betalinger og livrenter, som tilfalder en sådan fysisk person fra den førstnævnte stat, med mindre en sådan fysisk person blev hjemmehørende i den anden stat, før denne overenskomst trådte i kraft.

5. Udtrykket „livrente“ betyder en fastsat sum, der er periodisk betalbar til fastsatte tidspunkter, enten for livstid eller for et bestemt tidsrum eller et tidsrum, som lader sig bestemme, i henhold til en forpligtelse til at præstere disse betalinger mod rimeligt og fuldt vederlag i penge eller penges værdi.

6. Underholdsbidrag og andre tilsvarende ydelser, der hidrører fra en kontraherende stat og betales til en person, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, kan kun beskattes i denne anden stat. Ved fastsættelsen af skattepligtig indkomst for en fysisk person, der er hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, skal der indrømmes fradrag for underholdsbidrag og lignende beløb, som er betalt til en fysisk person, der er hjemmehørende i Danmark, med det beløb, som ville være indrømmet, hvis den sidstnævnte person var omfattet af fuld skattepligt til Forbundsrepublikken Tyskland.

Artikel 19**Offentlige hverv**

1. Vederlag – undtagen pensioner – der udbetales af en kontraherende stat, en enkeltstat („Land“), en politisk underafdeling eller lokal myndighed eller en anden juridisk person under den offentligretlige lovgivning i en af de to stater til en fysisk person for udførelse af hverv, kan kun beskattes i denne stat. Sådant vederlag kan imidlertid kun beskattes i den anden kontraherende stat, hvis hvervet er udført i denne stat, hvis den fysiske person er hjemmehørende i denne stat og ikke er statsborger i den førstnævnte stat, og den førstnævnte stat ikke i henhold til dens lovgivning har hjemmel til at påligne den i første sætning omhandlede skat.

2. Pensioner, som udbetales af en kontraherende stat, en enkeltstat („Land“), en politisk underafdeling eller lokal myndighed eller en anden juridisk person under den offentligretlige lovgivning i en af de to stater til en fysisk person for tidligere udførelse af hverv, kan kun beskattes i denne stat.

3. Bestemmelserne i artiklerne 15, 16 og 18 skal finde anvendelse på vederlag og pensioner, der udbetales for udførelse af hverv i forbindelse med erhvervsvirksomhed, der drives af en kontraherende stat, en enkeltstat („Land“), en politisk underafdeling eller lokal myndighed eller en anden juridisk person under den offentligretlige lovgivning i en af de to stater.

(4) Absatz 1 und, soweit Buchstabe a betroffen ist, die Absätze 1 und 2 gelten auch für Zahlungen, die geleistet werden

- a) im Fall der Bundesrepublik Deutschland von der Deutschen Post AG, der Deutschen Postbank AG, der Deutschen Telekom AG und der Deutschen Bundesbahn AG an Beamte sowie von der Deutschen Bundesbank und im Falle Dänemarks von „Post og Telegrafvaesenet“, „De Danske Statsbaner“ und „Danmarks Nationalbank“;
- b) von oder für das deutsche Goethe-Institut, das Dänische Kulturinstitut („Det Danske Kulturinstitut“) sowie andere ähnliche oder vergleichbare Institutionen, die von den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bestimmt werden, und die für Dienstleistungen an diese Institutionen erbracht werden;
- c) aus öffentlichen Kassen eines Vertragsstaats als Ausgleich an vorübergehend im anderen Vertragsstaat beschäftigte Lehrkräfte, und für solche Zahlungen, die aus öffentlichen Kassen unmittelbar oder mittelbar von Institutionen geleistet werden, die von den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bestimmt werden.

Unterliegen diese Zahlungen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nicht der Besteuerung, so gilt Artikel 15.

Artikel 20

Studenten

Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 21

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe f nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Staat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und Schiffe, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser

4. Stykke 1 og, i tilfælde af litra a) nedenfor, stykke 1 og 2 skal også finde anvendelse for beløb, som er betalt

- a) for så vidt angår Forbundsrepublikken Tyskland af „Deutsche Post AG“, „Deutsche Postbank AG“, „Deutsche Telekom AG“, og „Deutsche Bundesbahn AG“, til tjenestemænd, så vel som beløb betalt af den tyske centralbank („Deutsche Bundesbank“), og for så vidt angår Danmark af Post- og Telegrafvaesenet, Danske Statsbaner og Danmarks Nationalbank;
- b) af eller på vegne af det tyske Goethe Institut eller Det Danske Kulturinstitut, så vel som andre lignende eller tilsvarende institutioner, som bestemmes af de kontraherende staters kompetente myndigheder, for hverv udført for disse institutioner;
- c) som et udligningstillæg fra offentlige midler i en kontraherende stat til lærer-personale, som er midlertidigt ansat i den anden kontraherende stat, og for sådanne beløb, som betales direkte eller indirekte fra offentlige midler af institutioner, som bestemmes af de kontraherende staters kompetente myndigheder.

I tilfælde, hvor sådanne beløb ikke er skattepligtige i den kontraherende stat, hvorfra de er betalt, skal bestemmelserne i artikel 15 finde anvendelse.

Artikel 20

Studerende

Beløb, som en studerende, erhvervspraktikant eller lærling, som er eller umiddelbart før besøget i en kontraherende stat var hjemmehørende i den anden kontraherende stat, og som opholder sig i den førstnævnte stat udelukkende i studie- eller uddannelsesøjemed, modtager til sit underhold, sit studium eller sin uddannelse, skal ikke beskattes i den førstnævnte stat under forudsætning af, at sådanne beløb hidrører fra kilder uden for denne stat.

Artikel 21

Andre indkomster

1. Indkomster, der oppebæres af en i en kontraherende stat hjemmehørende person, og som ikke er behandlet i de foranstående artikler, kan, uanset hvorfra de hidrører, kun beskattes i denne stat.

2. Bestemmelserne i stykke 1 skal ikke finde anvendelse på anden indkomst end indkomst af fast ejendom som defineret i artikel 3, stykke 1, litra f), såfremt den i en kontraherende stat hjemmehørende modtager af sådan indkomst driver erhvervsvirksomhed i den anden kontraherende stat gennem et dér beliggende fast driftssted, eller udøver frit erhverv i denne anden stat fra et dér beliggende fast sted, og den rettighed eller ejendom, som ligger til grund for den udbetalte indkomst, har direkte forbindelse med et sådant fast driftssted eller fast sted. I så fald skal bestemmelserne henholdsvis i artikel 7 eller i artikel 14 finde anvendelse.

Artikel 22

Formue

1. Fast ejendom, som ejes af en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, og som er beliggende i den anden kontraherende stat, kan beskattes i denne anden stat.

2. Rørlig formue, der udgør en del af erhvervsformuen i et fast driftssted, som et foretagende i en kontraherende stat har i den anden kontraherende stat, eller rørlig formue, der hører til et fast sted, som en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, har til rådighed til udøvelse af frit erhverv i den anden kontraherende stat, kan beskattes i denne anden stat.

3. Skibe og luftfartøjer, der anvendes i international trafik, både, der anvendes ved transport ad indre vandveje, samt rørlig formue, som er knyttet til driften af sådanne skibe, luftfartøjer og både, kan

Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet. Artikel 8 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden. Im Zusammenhang mit dem Vermögen des dänischen, norwegischen und schwedischen Lufttransportkonsortiums Scandinavian Airlines System (SAS) gilt dieser Absatz nur für den Teil des Vermögens, der der Beteiligung der Det Danske Luftfartsselskab (DDL), des dänischen Gesellschafters des Scandinavian Airlines System (SAS), an dem Konsortium entspricht.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

Tätigkeiten im Zusammenhang mit vorbereitenden Untersuchungen und der Erforschung von Kohlenwasserstoffvorkommen sowie der Förderung von Kohlenwasserstoffen

(1) Ungeachtet der Bestimmungen der Artikel 5 und 14 wird eine in einem Vertragsstaat ansässige Person, die Tätigkeiten im Zusammenhang mit vorbereitenden Untersuchungen und der Erforschung von Kohlenwasserstoffvorkommen sowie der Förderung von Kohlenwasserstoffen im anderen Vertragsstaat ausübt, so behandelt, als übe sie in diesem Zusammenhang eine gewerbliche Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder feste Einrichtung aus.

(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn die Tätigkeiten für einen Zeitraum von insgesamt höchstens 30 Tagen innerhalb einer Zeitspanne von 12 Monaten ausgeübt werden. Für die Zwecke dieses Absatzes gelten jedoch Tätigkeiten, die von einem Unternehmen ausgeübt werden, das mit einem anderen Unternehmen im Sinne von Artikel 9 verbunden ist, als von dem Unternehmen ausgeübt, mit dem es verbunden ist, wenn die betroffenen Tätigkeiten im wesentlichen die gleichen sind wie diejenigen, die von dem letztgenannten Unternehmen ausgeübt werden.

(3) Ungeachtet der Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten die Offshore-Tätigkeiten einer Bohrinselfeststätte nur dann als Betriebsstätte, wenn die Tätigkeiten für einen Zeitraum von insgesamt mehr als 365 Tagen innerhalb einer Zeitspanne von 18 Monaten ausgeübt werden. Für die Zwecke dieses Absatzes gelten jedoch Tätigkeiten, die von einem Unternehmen ausgeübt werden, das mit einem anderen Unternehmen im Sinne des Artikels 9 verbunden ist, als von dem Unternehmen ausgeübt, mit dem es verbunden ist, wenn die betroffenen Tätigkeiten im wesentlichen die gleichen sind wie diejenigen, die von dem letztgenannten Unternehmen ausgeübt werden.

(4) Ungeachtet der Bestimmungen der Absätze 1 und 2 können Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Beförderung von Vorräten oder Personal mit Seeschiffen oder Luftfahrzeugen an einen Ort, an dem Offshore-Tätigkeiten im Zusammenhang mit vorbereitenden Untersuchungen und der Erforschung von Kohlenwasserstoffvorkommen sowie der Förderung von Kohlenwasserstoffen im anderen Vertragsstaat ausgeübt werden, oder aus dem Betrieb von Schleppern und ähnlichen Schiffen im Zusammenhang mit diesen Tätigkeiten bezieht, nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(5) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus unselbständiger Arbeit an Bord eines Schiffes oder Luftfahrzeugs nach Absatz 4 bezieht, werden in Übereinstimmung mit Artikel 15 Absatz 3 besteuert.

(6) Ungeachtet der Bestimmungen des Artikels 13 ist ein Veräußerungsgewinn, der einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person im Zusammenhang mit Bohrinselfeststätten, die für die in Absatz 3 erwähnten Tätigkeiten benutzt werden, zugerechnet wird, wenn die Bohrinselfeststätten im anderen Vertragsstaat nicht mehr besteuert werden, von der Steuer im anderen Staat befreit. Für die

kun beskattes i den kontraherende stat, hvori foretagendets virkelige ledelse har sit sæde. Artikel 8, stykke 3, skal finde tilsvarende anvendelse. Med hensyn til formue i det danske, norske og svenske luftfartskonsortium Scandinavian Airlines System (SAS) skal bestemmelserne i dette stykke kun finde anvendelse på den del af formuen, som svarer til den andel i konsortiet, der ejes af den danske partner i Scandinavian Airlines System (SAS), Det Danske Luftfartsselskab (DDL).

4. Al anden formue tilhørende en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, kan kun beskattes i denne stat.

Artikel 23

Virksomhed i forbindelse med forundersøgelser, efterforskning eller udvinding af kulbrinter

1. Uanset bestemmelserne i artiklerne 5 og 14 skal en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat og udøver virksomhed i forbindelse med forundersøgelser, efterforskning eller udvinding af kulbrinter i den anden kontraherende stat, med hensyn til denne virksomhed anses for at udøve virksomhed i denne anden kontraherende stat gennem et dér beliggende fast driftssted eller fast sted.

2. Bestemmelserne i stykke 1 skal ikke finde anvendelse i tilfælde, hvor virksomheden er udøvet i en periode eller perioder, der sammenlagt ikke overstiger 30 dage i en 12 måneders periode. Ved anvendelsen af dette stykke skal imidlertid virksomhed, udøvet af et foretagende, der er forbundet med et andet foretagende som omhandlet i artikel 9, anses som udøvet af det foretagende, til hvilket det er forbundet, hvis den pågældende virksomhed er væsentlig den samme som den, der udøves af det sidstnævnte foretagende.

3. Uanset bestemmelserne i stykke 1 og 2, skal boreplatformvirksomhed udøvet uden for kysten kun udgøre et fast driftssted, hvis virksomheden er udøvet i en periode eller perioder, der sammenlagt overstiger 365 dage inden for en 18 måneders periode. Ved anvendelsen af dette stykke skal imidlertid virksomhed, udøvet af et foretagende, der er forbundet med et andet foretagende som omhandlet i artikel 9, anses som udøvet af det foretagende, til hvilket det er forbundet, hvis den pågældende virksomhed er væsentlig den samme som den, der udøves af det sidstnævnte foretagende.

4. Uanset bestemmelserne i stykke 1 og 2, kan fortjeneste, der oppebæres af en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, ved transport med skib eller luftfartøj af forsyninger eller mandskab til et sted, hvor der i den anden kontraherende stat drives virksomhed uden for kysten i forbindelse med forundersøgelser, efterforskning eller udvinding af kulbrinter, eller ved drift af bugserbåde og lignende fartøjer i forbindelse med sådan virksomhed, kun beskattes i den kontraherende stat, i hvilken foretagendets virkelige ledelse har sit sæde.

5. Gage, løn og andre lignende vederlag, som en fysisk person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, oppebærer for personligt arbejde i tjenesteforhold, som udføres om bord på et skib eller luftfartøj, som omhandlet i stykke 4, skal beskattes i overensstemmelse med artikel 15, stykke 3.

6. Uanset bestemmelserne i artikel 13, skal kapitalgevinst på boreplatforme anvendt i forbindelse med den i stykke 3 nævnte virksomhed, som anses for oppebåret af en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, når boreplatformvirksomheden ophører med at være skattepligtig i den anden kontraherende stat, være fritaget for beskatning i denne anden stat. Ved anvendelse af

Zwecke dieses Absatzes bedeutet der Ausdruck „Veräußerungsgewinn“ den Betrag, um den der Marktwert den um in Anspruch genommene Abschreibungen erhöhten Restwert im Zeitpunkt der Übertragung übersteigt.

Artikel 24

Vermeidung der Doppelbesteuerung

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Soweit nicht Buchstabe b anzuwenden ist, werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer die Einkünfte aus Dänemark sowie die in Dänemark gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in Dänemark besteuert werden können. Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Auf Dividenden sind die vorstehenden Bestimmungen nur dann anzuwenden, wenn die Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft von einer in Dänemark ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört.

Für die Zwecke der Steuern vom Vermögen werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden, falls solche gezahlt werden, nach dem vorhergehenden Satz von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.

- b) Auf die deutsche Steuer vom Einkommen wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die dänische Steuer angerechnet, die nach den Rechtsvorschriften und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen von den nachstehenden Einkünften gezahlt worden ist:
- aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
- bb) Einkünfte, die in Dänemark nach den Artikeln 13 Absatz 1 Satz 2, 15 Absatz 4, 16, 17, 18 Absatz 4 und 23 besteuert werden können.
- c) Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb Dänemarks zur Ausschüttung, so schließen die Buchstaben a und b die Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland nicht aus.

(2) Die Doppelbesteuerung wird in Dänemark vermieden:

- a) Vorbehaltlich des Buchstabens f läßt Dänemark in den Fällen, in denen eine in Dänemark ansässige Person Einkünfte bezieht oder Vermögenswerte besitzt, die nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können,
- aa) zum Abzug von der Steuer vom Einkommen dieser Person einen Betrag zu, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer vom Einkommen (einschließlich einer etwaigen Gewerbeertragsteuer) entspricht;
- bb) zum Abzug von der Steuer vom Vermögen dieser Person einen Betrag zu, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Vermögensteuer (einschließlich einer etwaigen Gewerbekapitalsteuer) entspricht.
- b) Der Abzug darf aber in keinem Fall den Teil der vor dem Abzug ermittelten Einkommensteuer oder Vermögensteuer übersteigen, der auf das Einkommen oder das Vermögen entfällt, das in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden kann.
- c) Vorbehaltlich des Buchstabens d sind Dividenden, die von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesell-

delsen af dette stykke betyder udtrykket „kapitalgevinst“ det beløb, hvormed markedsværdien på tidspunktet for overførslen overstiger restværdien på dette tidspunkt forhøjet med enhver foretagens nedskrivning.

Artikel 24

Undgåelse af dobbeltbeskatning

1. For så vidt angår en person, der er hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, bestemmes beskatningen efter følgende regler:

- a) Såfremt bestemmelserne i litra b) ikke finder anvendelse, skal der fra grundlaget for tysk skat undtages indkomst fra Danmark og i Danmark beliggende formuegoder, som i henhold til denne overenskomst kan beskattes i Danmark. Forbundsrepublikken Tyskland forbeholder sig dog retten til at tage hensyn til den således undtagne indkomst eller formuegode ved fastsættelsen af skattesatsen.

Med hensyn til udbytte skal de foranstående bestemmelser kun finde anvendelse, når udbyttet er betalt til et selskab, som er hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, af et selskab, der er hjemmehørende i Danmark, og hvori mindst 10 pct. af kapitalen er direkte ejet af det tyske selskab.

For så vidt angår formueskatter, skal der fra grundlaget for tysk skat ligeledes undtages enhver aktiebeholdning, hvoraf udbyttet, såfremt sådanne betales, i henhold til den umiddelbart foranstående sætning ville være undtaget fra beskatningsgrundlaget.

- b) Under forbehold for de tyske skatteregler for fradrag for udenlandsk skat, skal der indrømmes fradrag i tysk indkomstskat for dansk skat, som er betalt i henhold til lovgivningen og i overensstemmelse med denne overenskomst af følgende typer af indkomst:
- aa) udbytte, som ikke er omfattet af litra a);
- bb) indkomst, som kan beskattes i Danmark i henhold til artikel 13, stykke 1, anden sætning, artikel 15, stykke 4, artikel 16, artikel 17, artikel 18, stykke 4, og artikel 23.
- c) Når et selskab, der er hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, udlodder indkomst, som er oppebåret fra kilder i Danmark, skal litra a) og b) ikke udelukke en kompenserende påligning af selskabsskat på sådanne udlodninger i henhold til bestemmelserne i skattelovgivningen i Forbundsrepublikken Tyskland.

2. Dobbeltbeskatning skal undgås således i Danmark:

- a) Hvor en person, der er hjemmehørende i Danmark, oppebærer indkomst eller ejer formue, som i henhold til bestemmelserne i denne overenskomst kan beskattes i Forbundsrepublikken Tyskland, skal Danmark, såfremt bestemmelserne i litra f) ikke medfører andet, indrømme
- aa) fradrag i denne persons indkomstskat med et beløb svarende til den indkomstskat (herunder den del af eventuel erhvervsskat, som falder på indtægten), som er betalt i Forbundsrepublikken Tyskland;
- bb) fradrag i denne persons formueskat med et beløb svarende til den formueskat (herunder den del af eventuel erhvervsskat, som falder på formuen), som er betalt i Forbundsrepublikken Tyskland.
- b) Et sådant fradrag skal imidlertid ikke i noget tilfælde kunne overstige den del af indkomstskatten eller formueskatten, beregnet for sådant fradrag, der svarer til henholdsvis den indkomst eller den formue, som kan beskattes i Forbundsrepublikken Tyskland.
- c) Såfremt bestemmelserne i litra d) ikke medfører andet, skal udbytte, udbetalt af et selskab, der er hjemmehørende i For-

schaft an eine in Dänemark ansässige Gesellschaft gezahlt werden, der unmittelbar oder mittelbar mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft gehören, von der dänischen Steuer befreit.

- d) Buchstabe c gilt nur insoweit, als
- aa) der Gewinn, aus dem die Dividenden gezahlt werden, mit der allgemeinen Körperschaftsteuer in der Bundesrepublik Deutschland oder mit einer der dänischen Steuer vergleichbaren Steuer in der Bundesrepublik Deutschland oder in einem anderen Staat belegt worden ist; oder
- bb) es sich bei den Dividenden, die von der in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, um Dividenden handelt, die für Anteile oder sonstige Rechte an einer in einem dritten Staat ansässigen Gesellschaft bezogen werden und die von der dänischen Steuer befreit gewesen wären, wenn die Anteile oder Rechte unmittelbar von der in Dänemark ansässigen Gesellschaft gehalten worden wären.
- e) Bei Dividenden, die von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft an eine in Dänemark ansässige Gesellschaft gezahlt werden, der unmittelbar oder mittelbar mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft gehören, wird, wenn die Dividenden nicht nach Buchstabe c von der dänischen Steuer befreit sind, bei der Anrechnung die deutsche Steuer einschließlich des auf den Ertrag entfallenden Anteils der Gewerbesteuer berücksichtigt, die von der die Dividenden zahlenden Gesellschaft auf den Gewinn zu entrichten ist, aus dem die Dividenden gezahlt werden.
- f) Bezieht eine in Dänemark ansässige Person Einkünfte oder besitzt sie Vermögenswerte, die nach diesem Abkommen nur in der Bundesrepublik Deutschland oder dort nach Artikel 15 Absätze 1 und 3 besteuert werden können, so kann Dänemark diese Einkünfte oder Vermögenswerte in die Bemessungsgrundlage einbeziehen, läßt jedoch zum Abzug von der Einkommensteuer oder Vermögensteuer den Teil der Einkommensteuer oder Vermögensteuer zu, der auf die Einkünfte aus der Bundesrepublik Deutschland oder auf das dort gelegene Vermögen entfällt.
- g) Auf Einkünfte, die nach Artikel 15 Absätze 1 und 3 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, ist Buchstabe f nur anzuwenden, wenn der in Dänemark zuständigen Behörde Unterlagen darüber vorgelegt werden, daß Vorkehrungen für die Zahlung der deutschen Steuer auf diese Einkünfte getroffen worden sind.

(3) Für die Zwecke dieses Artikels gelten Gewinne oder Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person als aus Quellen innerhalb des anderen Vertragsstaats stammend, wenn sie in Übereinstimmung mit diesem Abkommen im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

Abschnitt III

Besteuerung von Nachlässen, Erbschaften und Schenkungen

Artikel 25

Besteuerungsregeln

(1) Unbewegliches Vermögen, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ist und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen eines Unternehmens, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ist und

bundsrepublikken Tyskland, til et selskab, der er hjemmehørende i Danmark, og som direkte eller indirekte ejer mindst 10 pct. af aktiekapitalen i det udbyttebetalende selskab, være fritaget for dansk skat.

- d) Bestemmelserne i litra c) skal kun finde anvendelse i det omfang,
- aa) indkomsten, hvoraf udbytteerne er betalt, har været omfattende af den almindelige selskabsbeskatning i Forbundsrepublikken Tyskland, eller af en skat i Forbundsrepublikken Tyskland eller i en anden stat, som kan sammenlignes med dansk skat; eller
- bb) det, for så vidt angår udbytter, betalt af et selskab, der er hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, drejer sig om udbytter, som vedrører aktier eller andre rettigheder i et selskab, der er hjemmehørende i en tredje stat, og som ville være fritaget for dansk skat, hvis disse aktier eller rettigheder var ejet direkte af det selskab, der er hjemmehørende i Danmark.
- e) For så vidt angår udbytter, betalt af et selskab, der er hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, til et selskab, der er hjemmehørende i Danmark, og som ejer direkte eller indirekte mindst 10 pct. af aktiekapitalen i det udbyttebetalende selskab, skal der, hvis udbytteerne ikke er fritaget for dansk skat i henhold til bestemmelserne i litra c), ved beregningen af fradrag tages hensyn til den tyske skat (herunder den del af erhvervsskatten, som falder på indtægten), som skal svares af det udbyttebetalende selskab af den fortjeneste, hvoraf udbytterne er betalt.
- f) Hvor en person, der er hjemmehørende i Danmark, oppebærer indkomst eller ejer formue, som i henhold til bestemmelserne i denne overenskomst kun kan beskattes i Forbundsrepublikken Tyskland, eller som i henhold til bestemmelsen i artikel 15, stykke 1 og 3, kan beskattes i Forbundsrepublikken Tyskland, kan Danmark medregne denne indkomst eller formue i beskatningsgrundlaget, men skal indrømme fradrag i indkomsts-katten eller formueskatten med den del af indkomsts-katten eller formueskatten, som svarer til den indkomst, der hidrører fra, eller formue, der ejes i Forbundsrepublikken Tyskland.
- g) For indkomst, der kan beskattes i Tyskland i henhold til artikel 15, stykke 1 og 3, skal bestemmelserne i litra f) kun finde anvendelse i tilfælde, hvor der for de kompetente myndigheder i Danmark forelægges dokumentbevis for, at der er taget skridt til betaling af tysk skat på denne indkomst.

3. Ved anvendelsen af denne overenskomst skal fortjeneste eller indkomst for en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, anses for at hidrøre fra kilder i den anden kontraherende stat, hvis de er beskattet i den anden kontraherende stat i henhold til bestemmelserne i denne overenskomst.

Kapitel III

Beskatning af dødsboer, arv og gave

Artikel 25

Beskatningsregler

1. Fast ejendom, som udgør en del af dødsboet efter, eller en del af en gave ydet af, en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, og som er beliggende i den anden kontraherende stat, kan beskattes i denne anden stat.

2. Et foretagendes rørlige formue, som udgør en del af dødsboet efter, eller en del af en gave ydet af, en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, og

- a) Betriebsvermögen einer im anderen Vertragsstaat gelegenen Betriebsstätte darstellt, oder
- b) der Ausübung eines freien Berufs oder einer sonstigen selbständigen Tätigkeit dient und zu einer im anderen Vertragsstaat gelegenen festen Einrichtung gehört,

kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Alles andere Vermögen, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ist, kann ohne Rücksicht auf seine Belegenheit nur in diesem Staat besteuert werden, soweit Artikel 26 nichts anderes bestimmt.

Artikel 26

Vermeidung der Doppelbesteuerung

(1) Die Doppelbesteuerung wird im Falle der Bundesrepublik Deutschland wie folgt vermieden:

- a) War der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes oder der Schenker im Zeitpunkt der Schenkung in der Bundesrepublik Deutschland ansässig, so rechnet die Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe der Vorschriften des deutschen Rechts über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die nach ihrem Recht festgesetzte Steuer die Steuer an, die in Dänemark für das Vermögen gezahlt wird, das nach Artikel 25 Absätze 1 und 2 in Dänemark besteuert werden kann.
- b) War der Erwerber im Zeitpunkt des Todes des Erblassers oder der Schenkung in der Bundesrepublik Deutschland ansässig, so kann die Bundesrepublik Deutschland das gesamte von dieser Person erworbene Vermögen besteuern und rechnet nach Maßgabe der Vorschriften des deutschen Rechts über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die nach ihrem Recht festgesetzte Steuer die Steuer an, die in Dänemark für alles Vermögen gezahlt wird, das nicht nach Artikel 25 Absätze 1 und 2 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden kann.

(2) Die Doppelbesteuerung wird im Falle Dänemarks wie folgt vermieden:

- a) War der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes oder der Schenker im Zeitpunkt der Schenkung in Dänemark ansässig, so rechnet Dänemark nach Maßgabe der Vorschriften des dänischen Rechts über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die nach dänischem Recht festgesetzte Steuer die Steuer an, die in der Bundesrepublik Deutschland für das Vermögen gezahlt wird, das nach Artikel 25 Absätze 1 und 2 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden kann.
- b) War der Erwerber im Zeitpunkt des Todes des Erblassers oder der Schenkung in Dänemark ansässig, so kann Dänemark das gesamte von dieser Person erworbene Vermögen besteuern und rechnet nach Maßgabe der Vorschriften des dänischen Rechts über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die nach dänischem Recht festgesetzte Steuer die Steuer an, die in der Bundesrepublik Deutschland für alles Vermögen gezahlt wird, das nicht nach Artikel 25 Absätze 1 und 2 in Dänemark besteuert werden kann.

(3) Der nach den Absätzen 1 und 2 jeweils anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten deutschen beziehungsweise dänischen Steuern nicht übersteigen, der auf das Vermögen entfällt, für das die Anrechnung zu gewähren ist.

Artikel 27

Fünf-Jahres-Regel

(1) War der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes oder der Schenker im Zeitpunkt der Ausführung der Schenkung

- a) Staatsangehöriger eines Vertragsstaats, ohne gleichzeitig Staatsangehöriger des anderen Vertragsstaats zu sein,
- b) im erstgenannten Staat nach dessen Steuerrecht unbeschränkt steuerpflichtig, und

- a) som udgør erhvervsformuen i et fast driftssted, der er beliggende i den anden kontraherende stat, eller

- b) som anvendes ved udøvelsen af frit erhverv eller anden virksomhed af selvstændig karakter, og som hører til et fast sted i den anden kontraherende stat,

kan beskattes i denne anden stat.

3. Al anden formue, som udgør en del af dødsboet efter, eller en del af en gave ydet af, en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, kan, uanset hvor den befinder sig, kun beskattes i denne stat, med mindre andet er bestemt i artikel 26.

Artikel 26

Undgåelse af dobbeltbeskatning

1. For så vidt angår Forbundsrepublikken Tyskland, skal dobbeltbeskatning undgås på følgende måde:

- a) Såfremt arveladeren ved sin død eller giveren på gavetidspunktet var hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, skal Forbundsrepublikken Tyskland, med forbehold af bestemmelserne i tysk lovgivning om fradrag for udenlandsk skat, indrømme fradrag i skat, som er pålignet i henhold til tysk lovgivning, for skat betalt i Danmark på formue, som kan beskattes i Danmark i henhold til artikel 25, stykke 1 og 2.
- b) Såfremt den begunstigede ved arveladers død eller på gavetidspunktet var hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, kan Forbundsrepublikken Tyskland beskatte al formue, som er erhvervet af denne person, men skal, med forbehold af bestemmelserne i tysk lovgivning om fradrag for udenlandsk skat, indrømme fradrag i skat, som er pålignet i henhold til tysk lovgivning, for skat betalt i Danmark på formue, som ikke kan beskattes i Forbundsrepublikken Tyskland i henhold til artikel 25, stykke 1 og 2.

2. For så vidt angår Danmark, skal dobbeltbeskatning undgås efter følgende regler:

- a) Såfremt arveladeren ved sin død eller giveren på gavetidspunktet var hjemmehørende i Danmark, skal Danmark med forbehold af bestemmelserne i dansk lovgivning om fradrag for udenlandsk skat, indrømme fradrag i skat, som er pålignet i henhold til dansk lovgivning, for skat betalt i Forbundsrepublikken Tyskland på formue, som kan beskattes i Forbundsrepublikken Tyskland i henhold til artikel 25, stykke 1 og 2.
- b) Såfremt den begunstigede ved arveladers død eller på gavetidspunktet var hjemmehørende i Danmark, kan Danmark beskatte al formue, som er erhvervet af denne person, men skal, med forbehold af bestemmelserne i dansk lovgivning om fradrag for udenlandsk skat, indrømme fradrag i skat, som er pålignet i henhold til dansk lovgivning, for skat betalt i Forbundsrepublikken Tyskland på formue, som ikke kan beskattes i Danmark i henhold til artikel 25, stykke 1 og 2.

3. Fradraget efter stykke 1 og 2 skal dog ikke kunne overstige den del af den tyske, henholdsvis danske skat, som er beregnet for fradraget, som kan henføres til den formue, for hvilken der er indrømmet fradrag.

Artikel 27

5 års regel

1. Hvis arvelader på tidspunktet for sin død eller giveren på gavetidspunktet

- a) var statsborger i en kontraherende stat uden samtidigt at være statsborger i den anden kontraherende stat,
- b) var fuld skattepligtig i førstnævnte stat i henhold til denne stats skattelovgivning, og

c) war er in dem anderen Staat aufgrund des Artikels 4 Absatz 1 Buchstabe b für die Dauer von nicht mehr als fünf Jahren ansässig gewesen,

so gilt er abweichend von Artikel 4 als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehöriger er war.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für einen Erben oder Beschenkten, wenn er in seiner Person im Zeitpunkt des Erbfalls oder der Schenkung die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt.

Artikel 28 **Schuldenabzug**

(1) Schulden, die durch das in Artikel 25 genannte Vermögen besonders gesichert sind, werden vom Wert dieses Vermögens abgezogen. Schulden, die zwar nicht durch das in Artikel 25 genannte Vermögen besonders gesichert sind, die aber im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Änderung, der Instandsetzung oder der Instandhaltung solchen Vermögens entstanden sind, werden vom Wert dieses Vermögens abgezogen.

(2) Vorbehaltlich des Absatzes 1 werden Schulden, die mit einer in Artikel 25 Absatz 2 genannten Betriebsstätte oder einer in Artikel 25 Absatz 2 genannten festen Einrichtung zusammenhängen, vom Wert der Betriebsstätte beziehungsweise der festen Einrichtung abgezogen.

(3) Die anderen Schulden werden vom Wert des Vermögens abgezogen, für das Artikel 25 gilt.

(4) Übersteigt eine Schuld den Wert des Vermögens, von dem sie in einem Vertragsstaat nach den Absätzen 1 oder 2 abzuziehen ist, so wird der übersteigende Betrag vom Wert des übrigen Vermögens, das in diesem Staat besteuert werden kann, abgezogen.

(5) Verbleibt in einem Vertragsstaat nach den Abzügen, die aufgrund der Absätze 3 oder 4 vorzunehmen sind, ein Schuldenrest, so wird dieser vom Wert des Vermögens, das im anderen Vertragsstaat besteuert werden kann, abgezogen.

(6) Ist ein Vertragsstaat nach den Absätzen 1 bis 5 verpflichtet, einen höheren als nach seinem Recht vorgesehenen Schuldenabzug vorzunehmen, so gelten die genannten Absätze nur insoweit, als der andere Vertragsstaat nicht verpflichtet ist, die gleichen Schulden nach seinem innerstaatlichen Recht abzuziehen.

Abschnitt IV **Beistand in Steuersachen**

Artikel 29 **Gegenstand des Beistands**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten leisten sich gegenseitig Beistand. Der Beistand umfaßt

- a) den Informationsaustausch,
- b) die Unterstützung bei der Beitreibung, einschließlich Sicherungsmaßnahmen, und
- c) die Bekanntgabe von Schriftstücken.

(2) Der Beistand umfaßt auch Feststellungen und andere Maßnahmen zugunsten des Steuerpflichtigen sowie zur Vermeidung der Doppelbesteuerung. Dies gilt insbesondere für zeitlich abgestimmte Maßnahmen der Steuerverwaltungen. Wenn Beistandsmaßnahmen zu einer Doppelbesteuerung führen können, wird die Doppelbesteuerung in gegenseitigem Einvernehmen nach Artikel 43 vermieden.

(3) Finanzgerichte der Vertragsstaaten leisten sich in bezug auf Steuern, die in ihre Zuständigkeit fallen und für die dieses Abkommen gilt, gegenseitig auf Ersuchen unter Vermittlung der dafür zuständigen Behörden nach Maßgabe dieses Abkommens Rechtshilfe.

c) havde været hjemmehørende i den anden stat ifølge artikel 4, stykke 1, litra b) i en periode, som ikke overstiger 5 år,

skal han, uanset bestemmelserne i artikel 4, anses for at have været hjemmehørende i den kontraherende stat, hvor han var statsborger.

2. Stykke 1 skal finde tilsvarende anvendelse på en arving eller begunstiget, som på tidspunktet for arvefaldet eller gaven selv opfylder betingelserne, som er stillet i stykke 1.

Artikel 28 **Fradrag af gæld**

1. Gæld, som særligt er sikret i de i artikel 25 omtalte formuegoder, skal fradrages i værdien af disse formuegoder. Gæld, der ikke særligt er sikret i de i artikel 25 nævnte formuegoder, men som hidrører fra erhvervelse, ændring, reparation eller vedligeholdelse af disse, skal fradrages i værdien af disse formuegoder.

2. Såfremt bestemmelserne i stykke 1 ikke medfører andet, skal gæld, der er knyttet til et fast driftssted som omtalt i artikel 25, stykke 2, eller til et fast sted som omtalt i artikel 25, stykke 2, fradrages henholdsvis i værdien af det faste driftssted eller det faste sted.

3. Anden gæld skal fradrages i værdien af de formuegoder, på hvilke artikel 25 finder anvendelse.

4. Såfremt en gæld overstiger værdien af de formuegoder, fra hvilke den i henhold til bestemmelserne i stykke 1 og 2 kan fradrages i en kontraherende stat, skal det overskydende beløb fradrages i værdien af andre formuegoder, der er skattepligtige i denne stat.

5. Enhver overskydende gæld, der fortsat resterer i en kontraherende stat efter de i stykke 3 eller 4 nævnte fradrag, skal fradrages i værdien af de formuegoder, der er skattepligtige i den anden kontraherende stat.

6. I tilfælde, hvor bestemmelserne i stykke 1 til 5 måtte forpligte en kontraherende stat til at fradrage gæld i større omfang end hjemlet i denne stats lovgivning, skal disse nævnte bestemmelser kun finde anvendelse i det omfang, den anden kontraherende stat ikke er forpligtet til at fradrage den samme gæld i henhold til lovgivningen i denne anden stat.

Kapitel IV **Bistand i skattesager**

Artikel 29 **Genstand for bistand**

1. De kompetente myndigheder i de kontraherende stater skal yde hinanden bistand. Sådan bistand skal omfatte

- a) udveksling af oplysninger,
- b) bistand ved inddrivelse, herunder sikringsakter, og
- c) forkyndelse af dokumenter.

2. Sådan bistand skal også omfatte fastsættelse og anden foranstaltning til fordel for skatteyderen så vel som til undgåelse af dobbeltbeskatning. Dette skal i særdeleshed gælde for samtidige foranstaltninger truffet af skattemyndighederne. Hvis foranstaltninger til bistand medfører dobbeltbeskatning, skal den undgås ved gensidig aftale efter artikel 43.

3. Skattedomstole i de kontraherende stater skal med hensyn til de skatter, som er omfattet af deres kompetence og denne overenskomst, efter anmodning yde hinanden juridisk bistand, formidlet af de kompetente myndigheder og i overensstemmelse med denne overenskomst.

Artikel 30**Auskunft auf besonderes Ersuchen**

Auf Ersuchen der zuständigen Behörde eines Vertragsstaats erteilt die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats dem ersuchenden Staat alle Auskünfte, die für diesen Staat bei der Festsetzung und Erhebung der Steuern oder der Beitreibung und Vollstreckung steuerlicher Ansprüche oder für die Anwendung dieses Abkommens erforderlich sind.

Artikel 31**Auskunft ohne besonderes Ersuchen**

(1) Die zuständige Behörde des einen Vertragsstaats übermittelt der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats in folgenden Fällen ohne vorheriges Ersuchen Informationen, die ihr bekanntgeworden sind,

- a) wenn sie Gründe für die Vermutung einer Steuerverkürzung in dem anderen Vertragsstaat hat;
- b) wenn ein Steuerpflichtiger eine Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung in einem Vertragsstaat erhält, die für ihn eine Steuererhöhung oder eine Besteuerung in dem anderen Vertragsstaat zur Folge haben müßte;
- c) bei Geschäftsbeziehungen zwischen einem Steuerpflichtigen des einen Vertragsstaats und einem Steuerpflichtigen des anderen Vertragsstaats, die über ein oder mehrere weitere Länder in einer Weise geleitet werden, die in einem der beiden oder in beiden Vertragsstaaten zur Steuerersparnis führen können;
- d) wenn sie Gründe für die Vermutung einer Steuerersparnis durch künstliche Gewinnverlagerungen innerhalb eines Konzerns hat;
- e) wenn in einem Vertragsstaat im Zusammenhang mit Auskünften, die ihm von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats erteilt worden sind, ein Sachverhalt ermittelt worden ist, der für die Steuerfestsetzung in dem anderen Staat geeignet sein kann.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können sich auch ohne besonderes Ersuchen und unter Berücksichtigung ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Auskünfte über gleichartige Sachverhalte erteilen, die ihnen in größerer Zahl bekannt werden und für die Festsetzung und Erhebung der Steuern oder die Beitreibung und Vollstreckung steuerlicher Ansprüche von Bedeutung sein können. Voraussetzung ist, daß die zuständigen Behörden eine entsprechende Vereinbarung treffen. Die Vereinbarung ist vor Beginn der Auskunftserteilung öffentlich bekanntzumachen.

Artikel 32**Widersprüchliche Informationen**

Wenn die zuständige Behörde des einen Vertragsstaats von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats Informationen über die steuerlichen Verhältnisse einer Person erhält, die nach ihrer Auffassung zu den ihr zur Verfügung stehenden Informationen in Widerspruch stehen, unterrichtet sie davon die zuständige Behörde des anderen Staates.

Artikel 33**Beitreibung steuerlicher Ansprüche**

(1) Auf Ersuchen der zuständigen Behörde des einen Vertragsstaats führt der andere Vertragsstaat vorbehaltlich des Absatzes 5 und des Artikels 34 die Beitreibung der steuerlichen Ansprüche des erstgenannten Staates durch, als handele es sich um seine eigenen steuerlichen Ansprüche.

(2) Absatz 1 gilt nur für steuerliche Ansprüche, die Gegenstand eines im ersuchenden Staat gültigen Vollstreckungstitels sind und die nicht mehr angefochten werden können.

Artikel 30**Oplysninger efter særlig anmodning**

Efter anmodning fra den kompetente myndighed i en kontraherende stat skal den kompetente myndighed i den anden kontraherende stat yde den stat, som anmoder om bistand, alle oplysninger, som er nødvendige for denne stat for påligning og opkrævning af skat eller for inddrivelse og tvangsinddrivelse af skattekrav eller for anvendelse af denne overenskomst.

Artikel 31**Oplysninger uden særlig anmodning**

1. Den kompetente myndighed i en kontraherende stat skal uden forudgående anmodning videregive oplysninger, hvorom den har kendskab, til den kompetente myndighed i den anden kontraherende stat, under følgende omstændigheder:

- a) når den har grund til at antage, at der kan ske tab af skatteprovenu i den anden kontraherende stat;
- b) når en skattepligtig person opnår en nedsættelse eller en fritagelse for skat i en kontraherende stat, som kan medføre en forøget skat eller en skattepligt i den anden kontraherende stat;
- c) når forretningstransaktioner mellem en person, som er skattepligtig i en kontraherende stat, og en person, som er skattepligtig i den anden kontraherende stat, ledes gennem en eller flere lande på en sådan måde, at en skattebesparelse kan blive følgen i en af de kontraherende stater eller i dem begge;
- d) når den har grund til at antage, at en skattebesparelse kan blive følgen af kunstige overførsler af fortjeneste inden for en gruppe af foretagender;
- e) når oplysninger, som er fremsendt til en kontraherende stat fra den kompetente myndighed i den anden kontraherende stat, har gjort det muligt at fremskaffe oplysninger, som kan være af betydning for skattepåligningen i den sidstnævnte stat.

2. De kompetente myndigheder i de kontraherende stater kan også, uden forudgående anmodning, og med skyldig hensyntagen til deres interne lovgivning sende hinanden oplysninger om ensartede sager, som de får kendskab til i et større antal, og som kan være af betydning ved påligningen og opkrævningen af skatter eller ved inddrivelse og tvangsinddrivelse af skattekrav. Dette skal være betinget af indgåelsen af en passende aftale mellem de kompetente myndigheder. En sådan aftale skal offentligt bekendtgøres, inden videregivelse af oplysninger påbegyndes.

Artikel 32**Indbyrdes modstridende oplysninger**

Hvis den kompetente myndighed i en kontraherende stat fra den kompetente myndighed i den anden kontraherende stat modtager oplysninger om en persons skatteforhold, der forekommer den at være i modstrid med oplysninger, som den er i besiddelse af, skal den give underretning herom til den kompetente myndighed i den anden stat.

Artikel 33**Inddrivelse af skattekrav**

1. Efter anmodning fra den kompetente myndighed i en kontraherende stat skal den anden kontraherende stat, under forbehold af bestemmelserne i stykke 5 og artikel 34, inddrive den førstnævnte stats skattekrav, som om de var dens egne skattekrav.

2. Bestemmelserne i stykke 1 skal kun finde anvendelse for skattekrav, for hvilke der er udstedt et instrument, som hjemler tvangsinddrivelse i den stat, der fremsætter anmodningen, og som ikke mere kan bestrides.

(3) Bei steuerlichen Ansprüchen im Zusammenhang mit einem Erblasser oder seinem Nachlaß führt der ersuchte Staat die Beitreibung derartiger Ansprüche lediglich bis zur Höhe des Wertes des Nachlasses oder desjenigen Teils des Vermögens durch, der auf jeden Nachlaßbegünstigten entfällt, je nachdem, ob die Ansprüche aus dem Nachlaß oder gegenüber den Nachlaßbegünstigten zu befriedigen sind.

(4) Auf Ersuchen der zuständigen Behörde des einen Vertragsstaats trifft der andere Vertragsstaat zum Zweck der Beitreibung aller Steuerbeträge Sicherungsmaßnahmen, selbst wenn gegen die steuerlichen Ansprüche Einspruch eingelegt oder lediglich ein vorläufiger oder zu Sicherungszwecken ausgebrachter Vollstreckungstitel ausgestellt worden ist.

(5) Die steuerlichen Ansprüche, bei deren Beitreibung Unterstützung geleistet wird, genießen in dem ersuchten Vertragsstaat kein Recht auf bevorzugte Befriedigung, das für steuerliche Ansprüche dieses Staates besonders gewährt wird.

(6) Der ersuchte Vertragsstaat kann einem Zahlungsaufschub oder Ratenzahlungen zustimmen, wenn sein Recht oder seine Verwaltungspraxis dies in ähnlichen Fällen zuläßt; er unterrichtet den anderen Vertragsstaat hierüber.

Artikel 34

Verjährungsfristen

(1) Für Fragen im Zusammenhang mit Verjährungsfristen bei steuerlichen Ansprüchen ist das Recht des ersuchenden Vertragsstaats maßgebend. Der ersuchte Vertragsstaat ist nicht zur Beitreibung des Anspruchs verpflichtet, wenn der Anspruch nicht auch nach seinem eigenen Recht beigetrieben werden könnte. Das Ersuchen um Beitreibung enthält Angaben über die für die steuerlichen Ansprüche geltenden Verjährungsfristen.

(2) Beitreibungsmaßnahmen, die vom ersuchten Staat aufgrund eines Ersuchens durchgeführt werden und die nach dem Recht dieses Staates die in Absatz 1 erwähnte Verjährungsfrist hemmen oder unterbrechen würden, haben nach dem Recht des ersuchenden Staates dieselbe Wirkung. Der ersuchte Staat unterrichtet den ersuchenden Staat über die zu diesem Zweck getroffenen Maßnahmen.

Artikel 35

Bekanntgabe von Schriftstücken

(1) Jeder Vertragsstaat kann einer Person im Gebiet des anderen Vertragsstaats Schriftstücke durch die Post unmittelbar zusenden.

(2) Auf Ersuchen eines Vertragsstaats stellt der andere Vertragsstaat dem Empfänger die Schriftstücke einschließlich gerichtlicher Entscheidungen zu, die aus dem ersuchenden Staat stammen und eine unter das Abkommen fallende Steuer betreffen.

(3) Der ersuchte Staat stellt Schriftstücke zu

- a) in einer Form, die sein Recht für die Zustellung im wesentlichen ähnlicher Schriftstücke vorschreibt;
- b) soweit möglich in einer besonderen vom ersuchenden Staat gewünschten Form oder einer dieser am nächsten kommenden Form, die das Recht des ersuchten Staates vorsieht.

(4) Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als bewirke es die Nichtigkeit einer durch einen Vertragsstaat in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften vorgenommenen Zustellung, wenn sie im Gegensatz zu den Bestimmungen dieses Artikels steht.

3. Med hensyn til skattekrav vedrørende en arvelader eller dennes bo, skal den stat, som anmodes om bistand, inddrive sådanne krav indtil værdien af boet eller af de formuegoder, som er erhvervet af hver af de berettigede i boet, alt efter hvorvidt kravet skal inddrives i boet eller hos de berettigede i boet.

4. Efter anmodning fra den kompetente myndighed i en kontraherende stat skal den anden kontraherende stat foretage sikringsakter med henblik på inddrivelse af ethvert skattebeløb, selv om kravet er bestridt, eller et instrument, der hjemler inddrivelse, alene er udstedt på foreløbigt grundlag eller til sikringsformål.

5. Det skattekrav, med hensyn til hvilket der ydes bistand med inddrivelsen, skal ikke i den kontraherende stat, som anmodes om bistand, nyde nogen fortrinsret, som specielt inddrømmes skattekrav i denne stat.

6. Den kontraherende stat, som anmodes om bistand, kan inddrømme henstand med betaling eller afdragsvis betaling, hvis dens lovgivning eller forvaltningspraksis hjemler dette i lignende tilfælde, men den skal underrette den anden kontraherende stat herom.

Artikel 34

Forældelsesfrister

1. Spørgsmål om forældelsesfrister for et skattekrav skal afgøres i henhold til lovgivningen i den kontraherende stat, som anmoder om bistand. Den kontraherende stat, som anmodes om bistand, er ikke pligtig til at inddrive kravet, hvis det ikke kunne inddrives i henhold til dens egen lovgivning. Anmodningen om inddrivelse skal indeholde oplysninger om den gældende forældelsesfrist for skattekravet.

2. Inddrivelsesforanstaltninger, som er truffet af den stat, der anmodes om bistand, i medfør af en anmodning om bistand, og som i henhold til lovgivningen i denne stat ville suspendere eller afbryde den i stykke 1 nævnte forældelsesfrist, skal også have denne virkning ifølge lovgivningen i den stat, som anmoder om bistand. Den stat, som anmodes om bistand, skal give den stat, som anmoder om bistand, meddelelse om sådanne foranstaltninger.

Artikel 35

Forkyndelse af dokumenter

1. Enhver kontraherende stat kan sende dokumenter direkte gennem postvæsenet til en person inden for den anden kontraherende stats område.

2. Efter anmodning af en kontraherende stat skal den anden kontraherende stat for adressaten forkynde dokumenter, herunder dokumenter vedrørende retsafgørelser, som udgår fra den stat, som anmoder om bistand, og som vedrører en skat, omfattet af denne overenskomst.

3. Den stat, som anmodes om bistand, skal foretage forkyndelse af dokumenter:

- a) på en måde, som er fastsat i dens egen lovgivning vedrørende forkyndelse af dokumenter af væsentlig samme art;
- b) i det omfang det er muligt, på en sådan måde som anmodet af den stat, som anmoder om bistand, eller så tæt på en sådan måde, som der er mulighed for i henhold til dens egen lovgivning.

4. Intet i denne overenskomst skal fortolkes således, at forkyndelse af dokumenter foretaget af en kontraherende stat i henhold til denne stats lovgivning er ugyldig, hvis sådan forkyndelse er i strid med bestemmelserne i denne artikel.

Artikel 36**Inhalt und Beantwortung des Ersuchens**

(1) Im Ersuchen sind, soweit erforderlich, anzugeben:

- a) die Behörde oder Dienststelle, von der das durch die zuständige Behörde vorgelegte Ersuchen ausgeht;
- b) Name, Anschrift und andere sachdienliche Angaben zur Identifizierung der Person, die das Ersuchen betrifft;
- c) bei einem Ersuchen um Auskunft die Form der Antwort, die der ersuchende Staat für seine Zwecke benötigt;
- d) bei einem Ersuchen um Unterstützung bei der Beitreibung oder um Sicherungsmaßnahmen Art und Zusammensetzung der steuerlichen Ansprüche und die Vermögenswerte, aus denen die steuerlichen Ansprüche befriedigt werden können;
- e) bei einem Ersuchen um Zustellung von Schriftstücken Art und Gegenstand der zuzustellenden Schriftstücke.

(2) Dem Ersuchen nach Artikel 33 sind beizufügen:

- a) eine Erklärung, daß der Anspruch eine unter das Abkommen fallende Steuer betrifft und daß er im Falle eines Beitreibungsersuchens nicht mehr angefochten werden kann,
- b) eine amtliche Ausfertigung des im ersuchenden Staat gültigen Vollstreckungstitels und
- c) sonstige für die Beitreibung oder die Sicherungsmaßnahmen erforderlichen Schriftstücke.

(3) Sobald dem ersuchenden Staat weitere Informationen im Zusammenhang mit dem Ersuchen zur Kenntnis gelangt sind, unterrichtet er den ersuchten Staat.

(4) Wird dem Ersuchen entsprochen, so unterrichtet der ersuchte Staat den ersuchenden Staat so bald wie möglich über die getroffenen Maßnahmen und das Ergebnis.

(5) Hat der ersuchende Staat um Auskunft in einer bestimmten Form gebeten, so soll der ersuchte Staat, sofern er dazu in der Lage ist, die Auskunft in der gewünschten Form erteilen.

Artikel 37**Grenzen der Verpflichtung zum Beistand**

(1) Das Abkommen ist, vorbehaltlich des Artikels 34, nicht so auszulegen, als verpflichte es den ersuchten Staat:

- a) Maßnahmen durchzuführen, die von seinen eigenen Gesetzen oder seiner Verwaltungspraxis oder den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis des ersuchenden Staates abweichen;
- b) Maßnahmen durchzuführen, die nach seiner Auffassung der öffentlichen Ordnung oder den wesentlichen Interessen des Staates widersprechen;
- c) Informationen zu erteilen, die nach seinen eigenen Gesetzen oder seiner Verwaltungspraxis oder nach den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis des ersuchenden Staates nicht beschafft werden können;
- d) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung oder den wesentlichen Interessen des Staates widerspräche;
- e) einem Ersuchen zu entsprechen, wenn der ersuchende Staat nicht alle in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft hat; ausgenommen sind Fälle, in denen

Artikel 36**Indholdet af og svaret på anmodning om bistand**

1. En anmodning om bistand skal om fornødent angive:

- a) den myndighed eller instans, der har iværksat den anmodning, som er fremsat af den kompetente myndighed;
- b) navn, adresse og nærmere enkeltheder, som bidrager til identifikationen af den person, som anmodningen angår;
- c) i tilfælde af en anmodning om bistand om oplysninger, den form, hvorunder den stat, som anmoder om bistand, ønsker oplysningerne meddelt, for at dens ønsker kan imødekommes;
- d) i tilfælde af en anmodning om bistand med inddrivelse eller foretagelse af sikringsakter, arten og sammensætningen af skattekravet samt de formuegoder, hvor i skattekravet kan søges inddrevet;
- e) i tilfælde af en anmodning om forkyndelse af dokumenter, arten og indholdet af det dokument, som skal forkyndes.

2. Anmodningen i henhold til artikel 33 skal ledsages af:

- a) en erklæring om, at skattekravet vedrører en skat, som er omfattet af overenskomsten, og i tilfælde af inddrivelse om, at skattekravet ikke mere kan bestrides,
- b) et officielt eksemplar af det instrument, som hjemler tvangsinddrivelse i den stat, som anmoder om bistand, og
- c) ethvert andet dokument, som er påkrævet til inddrivelse eller foretagelse af sikringsakter.

3. Så snart den stat, som anmoder om bistand, får kendskab til enhver anden oplysning af betydning for anmodningen, skal den videreende oplysningen til den stat, som anmodes om bistand.

4. Hvis anmodningen om bistand imødekommes, skal den stat, som anmodes om bistand, underrette den stat, som anmoder om bistand, om de foranstaltninger, som er truffet, og om resultatet heraf.

5. Hvis den stat, som anmoder om bistand, har specificeret den form, hvorunder den ønsker oplysningerne meddelt, skal den stat, som anmodes om bistand, meddele oplysningerne i den ønskede form, hvis den er i stand dertil.

Artikel 37**Begrænsninger i pligten til at yde bistand**

1. Såfremt artikel 34 ikke finder anvendelse, skal bestemmelserne i denne overenskomst ikke kunne fortolkes således, at den pålægger den stat, som anmodes om bistand, pligt til:

- a) at træffe foranstaltninger, som strider mod dens egen lovgivning eller forvaltningspraksis eller mod lovgivning eller forvaltningspraksis i den stat, som anmoder om bistand;
- b) at træffe foranstaltninger, som den anser for at stride mod almene interesser eller mod denne stats væsentlige interesser;
- c) at meddele oplysninger, som ikke kan opnås i henhold til dens egen lovgivning eller forvaltningspraksis eller i henhold til lovgivning eller forvaltningspraksis i den stat, som anmoder om bistand;
- d) at meddele oplysninger, som ville røbe nogen erhvervsmæssig, forretningsmæssig, industriel, kommerciel eller faglig hemmelighed eller nogen fremstillingsmetode, eller oplysninger, hvis offentliggørelse ville stride mod almene interesser eller mod denne stats væsentlige interesser;
- e) at imødekomme en anmodning, hvis den stat, som anmoder om bistand, ikke har benyttet alle midler, som står til rådighed i dens eget område, med mindre gennemførelsen af sådanne

die Durchführung derartiger Maßnahmen unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würde.

(2) Wird das Beistandsersuchen zurückgewiesen, so unterrichtet der ersuchte Staat den ersuchenden Staat so bald wie möglich von der Entscheidung unter Angabe der Gründe.

Artikel 38 Geheimhaltung

(1) Die Informationen, die ein Vertragsstaat nach diesem Abkommen erhalten hat, sind ebenso geheimzuhalten wie die Informationen, die dieser Staat aufgrund seines innerstaatlichen Rechts oder der in dem die Informationen erteilenden Staat geltenden Geheimhaltungsvorschriften erhalten hat, wenn diese restriktiver sind.

(2) Diese Informationen dürfen in jedem Fall nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Festsetzung, Erhebung, Beitreibung, Vollstreckung, der verwaltungsmäßigen Überprüfung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsbehelfen im Zusammenhang mit Steuern dieses Staates befaßt sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden, können sie jedoch ungeachtet des Absatzes 1 nach vorheriger Genehmigung durch die zuständige Behörde des die Informationen erteilenden Staates in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentcheidung im Zusammenhang mit diesen Steuern offenlegen.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 können Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, auch für andere Zwecke verwendet werden, wenn diese Informationen nach dem Recht des erteilenden Staates für diese anderen Zwecke verwendet werden können und die zuständige Behörde dieses Staates diese Verwendung gestattet. Die von einem Vertragsstaat dem anderen Vertragsstaat erteilten Informationen können von diesem nach vorheriger Genehmigung durch die zuständige Behörde des erstgenannten Staates an einen dritten Staat übermittelt werden.

Artikel 39 Rechtsbehelf

(1) Ein Rechtsbehelf gegen die vom ersuchten Staat nach diesem Abkommen ergriffenen Maßnahmen ist nur bei den zuständigen Behörden dieses Staates einzulegen.

(2) Ein Rechtsbehelf gegen die vom ersuchenden Staat nach diesem Abkommen ergriffenen Maßnahmen, insbesondere bei der Beitreibung, der das Bestehen oder die Höhe des Steueranspruchs oder den Vollstreckungstitel betrifft, ist nur bei den zuständigen Stellen dieses Staates einzulegen. Der ersuchende Staat unterrichtet den ersuchten Staat unverzüglich davon, daß ein Rechtsbehelf eingelegt worden ist. Nach Eingang der Mitteilung setzt der ersuchte Staat das Beitreibungsverfahren aus, bis die Entscheidung der zuständigen Stelle vorliegt. Der ersuchte Staat kann jedoch, wenn er vom ersuchenden Staat darum gebeten wird, Sicherungsmaßnahmen zur Gewährleistung der Beitreibung treffen. Jeder Beteiligte kann dem ersuchten Staat ebenfalls mitteilen, wenn ein Rechtsbehelf eingelegt worden ist. Nach Eingang der Mitteilung konsultiert der ersuchte Staat in dieser Angelegenheit gegebenenfalls den ersuchenden Staat.

(3) Sobald eine Entscheidung zu dem Rechtsbehelf ergangen ist, unterrichtet der ersuchende oder der ersuchte Staat den anderen Staat über die Entscheidung und ihre Auswirkungen auf das Beistandsersuchen.

foranstaltninger ville give anledning til uforholdsmæssige vanskeligheder.

2. Hvis en anmodning om bistand afslås, skal den stat, som anmodes om bistand, så hurtigt som muligt underrette den stat, som anmoder om bistand, om den trufne afgørelse og om begrundelsen herfor.

Artikel 38 Tavshedspligt

1. Oplysninger, som modtages af en kontraherende stat i henhold til denne overenskomst, skal behandles som hemmelige på samme måde som oplysninger, som denne stat modtager i henhold til dens egen lovgivning, eller behandles på de vilkår for tavshedspligt, som gælder i den stat, som meddeler oplysningerne, hvis disse vilkår er mere restriktive.

2. Sådanne oplysninger må under alle omstændigheder kun meddeles til personer eller myndigheder (herunder domstole og forvaltningsmyndigheder), der er beskæftiget med påligning, opkrævning, inddrivelse eller tvangsinddrivelse, forvaltningsmæssige kontrol, retsafølgning eller klagebehandling i forbindelse med denne stats skatter. De ovenfor nævnte personer eller myndigheder må kun benytte oplysningerne til sådanne formål, men de kan, uanset bestemmelserne i stykke 1, meddele dem i offentlige retshandlinger eller i retsafgørelser vedrørende sådanne skatter, på betingelse af forudgående tilladelse fra den kompetente myndighed i den stat, som meddeler oplysningerne.

3. Uanset bestemmelserne i stykke 1 og 2, kan oplysninger, som modtages af en kontraherende stat, benyttes til andre formål, når sådanne oplysninger kan benyttes til disse andre formål i henhold til lovgivningen i den stat, som meddeler oplysningerne, og den kompetente myndighed i denne stat tillader en sådan benyttelse. Oplysninger, som en kontraherende stat har stillet til rådighed for den anden kontraherende stat, kan videregives af sidstnævnte stat til en tredje stat under forudsætning af forudgående tilladelse fra den kompetente myndighed i den førstnævnte stat.

Artikel 39 Klager

1. Klage vedrørende foranstaltninger truffet i henhold til denne overenskomst af den stat, som anmodes om bistand, kan kun indbringes for den behørig myndighed i denne stat.

2. Klage vedrørende foranstaltninger truffet i henhold til denne overenskomst af den stat, som anmoder om bistand, især for så vidt angår inddrivelse, klage vedrørende skattekravets beståen eller dets størrelse eller det instrument, som hjemler dets tvangsinddrivelse, kan kun indbringes for den behørig myndighed i denne stat. Den stat, som anmoder om bistand, skal uden forsinkelse give underretning om sådan klage til den stat, som anmodes om bistand. Ved modtagelse af sådan underretning skal den stat, som anmodes om bistand, udsætte inddrivelsen, indtil den pågældende myndighed har truffet afgørelse. Den stat, som anmodes om bistand, kan imidlertid foretage sikringsakter for at bevare adgangen til inddrivelse, hvis den bliver bedt om det af den stat, som anmoder om bistand. Enhver berørt person kan ligeledes meddele den stat, som anmodes om bistand, om sådan klage. Når den stat, som anmodes om bistand, modtager sådanne oplysninger, skal den om fornødent forhandle om sagen med den stat, som anmoder om bistand.

3. Så snart en endelig afgørelse vedrørende klagen er truffet, skal den stat, som anmoder om bistand, eller den stat, som anmodes om bistand, underrette den anden stat om afgørelsen og dens betydning for anmodningen om bistand.

Artikel 40**Kosten**

Die üblichen bei der Beistandsgewährung entstehenden Kosten gehen zu Lasten des ersuchten Staates. Außergewöhnliche Kosten gehen zu Lasten des ersuchenden Staates.

Abschnitt V**Schutz des Steuerpflichtigen
und Verständigung****Artikel 41****Verbot der Diskriminierung**

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen (im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere aufgrund des Wohnsitzes, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 2 Absatz 4 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.

(3) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 4 oder Artikel 12 Absatz 4 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Staates gegenüber einer im anderen Staat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 42**Konsultation**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens im allgemeinen oder im Einzelfall entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie

Artikel 40**Omkostninger**

Almindelige omkostninger, som er pådraget i forbindelse med ydelse af bistand, skal bæres af den stat, som anmodes om bistand. Ekstraordinære omkostninger skal bæres af den stat, som anmoder om bistand.

Kapitel V**Beskyttelse af skatteydere
og fremgangsmåden ved indgåelse
af gensidige aftaler****Artikel 41****Ikke-diskriminering**

1. Statsborgere i en kontraherende stat skal ikke i den anden kontraherende stat kunne undergives nogen beskatning eller dermed forbundne krav, som er anderledes eller mere byrdefulde end den beskatning og dermed forbundne krav, som statsborgere i denne anden stat under samme forhold, især med hensyn til hjemsted, er eller måtte blive undergivet. Uanset bestemmelserne i artikel 2, stykke 4, skal denne bestemmelse også finde anvendelse på personer, der ikke er hjemmehørende i en af eller begge de kontraherende stater.

2. Beskatningen af et fast driftssted, som et foretagende i en kontraherende stat har i den anden kontraherende stat, må ikke være mindre fordelagtig i denne anden stat end beskatningen af foretagender i denne anden stat, der driver samme virksomhed. Denne bestemmelse skal ikke kunne fortolkes som forpligtende en kontraherende stat til at indrømme personer, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, de personlige skattemæssige begunstigelser, lompelser og nedsættelser, som den kun indrømmer personer, der er hjemmehørende inden for dens eget område.

3. Medmindre bestemmelserne i artikel 9, stykke 1, artikel 11, stykke 4, eller artikel 12, stykke 4, finder anvendelse, skal renter, royalties og andre betalinger, der udredes af et foretagende i en kontraherende stat til en person hjemmehørende i den anden kontraherende stat, kunne fratrækkes ved fastsættelsen af et sådant foretagendes skattepligtige indkomst under samme betingelser, som hvis betalingerne var sket til en person hjemmehørende i den førstnævnte stat. På samme måde skal enhver gæld, som et foretagende i en stat har til en person hjemmehørende i den anden stat, kunne fratrækkes ved fastsættelsen af et sådant foretagendes skattepligtige formue under samme betingelser, som hvis gælden var blevet stiftet over for en person hjemmehørende i den førstnævnte stat.

4. Foretagender i en kontraherende stat, hvis formue helt eller delvis ejes eller kontrolleres, direkte eller indirekte, af en eller flere personer, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, skal ikke i den førstnævnte stat kunne undergives nogen beskatning eller dermed forbundne krav, som er anderledes eller mere byrdefulde end den beskatning og dermed forbundne krav, som andre tilsvarende foretagender i den førstnævnte stat er eller måtte blive undergivet.

5. Uanset bestemmelserne i artikel 2 skal bestemmelserne i denne artikel finde anvendelse på skatter af enhver art og betegnelse.

Artikel 42**Forhandlinger**

1. De kompetente myndigheder i de kontraherende stater skal søge ved gensidig aftale at løse vanskeligheder eller tvivsspørgsmål, der måtte opstå med hensyn til fortolkningen eller anvendelsen af overenskomsten i almindelighed eller i enkelt

können auch gemeinsam darüber beraten, wie in Fällen, die im Abkommen nicht behandelt sind, eine Doppelbesteuerung vermieden werden kann oder wie durch eine besondere Vereinbarung Fragen geklärt werden, die im Zusammenhang mit den Steuern im Sinne des Abkommens stehen und die sich durch unterschiedliche Maßstäbe der Staaten für die Besteuerungsgrundlagen oder aus anderen Gründen ergeben. Sie können sich ferner beraten, um andere Schwierigkeiten, die sich aus Unterschieden ihrer Steuerrechte ergeben, zu mildern oder zu beseitigen, und der internationalen Steuerverkürzung und -umgehung zu begegnen.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können insbesondere Verständigungsvereinbarungen treffen, um

- a) Zweifel zu klären, für welche Steuern das Abkommen nach seinem Artikel 2 Absatz 3 gilt;
- b) festzulegen, wie die Begrenzungsbestimmungen des Abkommens, insbesondere der Artikel 10 bis 12, durchzuführen sind.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können gemeinsam über allgemeine Regelungen beraten, um auf der Grundlage des Abkommens den Anspruch der Steuerpflichtigen auf abgestimmte Anwendung des Abkommens in beiden Staaten durch gemeinsame Auslegungen oder durch besondere Verfahren zu sichern.

Artikel 43

Verständigung

(1) Ist eine Person der Auffassung, daß Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 41 Absatz 1 erfaßt wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muß innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können einander nach Artikel 42 oder nach den vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels insbesondere konsultieren, um nach Möglichkeit eine Einigung zu erreichen über

- a) eine übereinstimmende Zurechnung des Gewinns, der auf ein Unternehmen eines Vertragsstaats und auf seine im anderen Vertragsstaat gelegene Betriebsstätte entfällt;
- b) eine übereinstimmende Aufteilung der Gewinne auf verbundene Unternehmen im Sinne des Artikels 9;
- c) eine übereinstimmende Behandlung von Einkünften, die im Quellenstaat den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind und im anderen Staat anderen Einkünften zugerechnet werden;
- d) eine übereinstimmende Behandlung von Schulden bei den Steuern vom Vermögen, von Nachlässen, Erbschaften und Schenkungen.

tilfælde. De kan også forhandle om undgåelse af dobbeltbeskatning i tilfælde, som ikke er omhandlet af overenskomsten, eller om indgåelse af særlige aftaler til løsning af spørgsmål, som har forbindelse med skatter i overenskomstens forstand, og som opstår på grund af staternes forskellige metoder til fastsættelse af skattegrundlaget eller af andre grunde. De kan desuden forhandle med henblik på at formindske eller undgå andre vanskeligheder, som opstår på grund af forskelligheder i deres respektive skattelove og med henblik på at træffe foranstaltninger mod international skatteomgåelse og -unddragelse.

2. I særdeleshed kan de kompetente myndigheder i de kontraherende stater indgå vejledende aftaler med henblik på

- a) at afklare tvivsspørgsmål med hensyn til skatter, som overenskomsten finder anvendelse på efter artikel 2, stykke 3;
- b) at fastsætte, hvorledes overenskomstens bestemmelser om begrænsning, især bestemmelserne i artikel 10 til 12, skal gennemføres.

3. De kompetente myndigheder i de kontraherende stater kan forhandle om almindelige aftaler for på grundlag af overenskomsten at sikre skatteydernes ret til at kræve en koordineret anvendelse af overenskomsten i begge stater ved fælles fortolkning eller særlige procedurer.

Artikel 43

Fremgangsmåden ved indgåelse af gensidige aftaler

1. I tilfælde, hvor en person mener, at foranstaltninger, truffet af en af eller begge de kontraherende stater, for ham medfører eller vil medføre en beskatning, som ikke er i overensstemmelse med bestemmelserne i denne overenskomst, kan han, uanset hvilke retsmidler der måtte være fastsat i disse staters interne lovgivning, indbringe sin sag for den kompetente myndighed i den kontraherende stat, i hvilken han er hjemmehørende eller, såfremt tilfældet er omfattet af artikel 41, stykke 1, for den kompetente myndighed i den af de kontraherende stater, i hvilken han er statsborger. Sagen skal forelægges inden tre år fra den dag, hvor der er givet ham den første underretning om den foranstaltning, der medfører en beskatning, som ikke er i overensstemmelse med bestemmelserne i overenskomsten.

2. Den kompetente myndighed skal, hvis indsigelsen synes at være begrundet, og hvis den ikke selv kan nå til en tilfredsstillende løsning, søge at løse sagen ved gensidig aftale med den kompetente myndighed i den anden kontraherende stat med henblik på at undgå en beskatning, der ikke er i overensstemmelse med overenskomsten. Enhver indgået aftale skal gennemføres uden hensyn til frister, der måtte gælde ifølge de kontraherende staters interne lovgivning.

3. De kompetente myndigheder i de kontraherende stater kan rådføre sig med hinanden efter artikel 42 eller de ovenstående bestemmelser i denne artikel, i særdeleshed med henblik på at nå enighed som vidt som muligt om

- a) den samme henføring af fortjeneste til et foretagende i en kontraherende stat og til dets faste driftssted beliggende i den anden kontraherende stat;
- b) den samme henføring af fortjeneste mellem forbundne foretagender som omhandlet i artikel 9;
- c) den samme behandling af indkomst, som er sidestillet med indkomst fra aktier i kildestaten, og som bliver henført til anden indkomst i den anden stat;
- d) den samme behandling af gæld ved beskatningen af formue, dødsboer samt arv og gave.

Artikel 44**Verfahren**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der Artikel 42 und 43 unmittelbar miteinander verkehren.

(2) Erscheint ein mündlicher Meinungsaustausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungsaustausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht.

(3) Die zuständigen Behörden können gemeinschaftlich ein unabhängiges Gremium beauftragen, eine gutachterliche Äußerung zu einer Frage abzugeben, die sie diesem Gremium vorlegen.

(4) Bezieht sich das Verfahren auf einen Einzelfall, so sind die Betroffenen zu hören.

Abschnitt VI**Besondere Bestimmungen****Artikel 45****Anwendung des Abkommens in bestimmten Fällen**

(1) Der Wohnsitzstaat vermeidet die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Artikel 24 und nicht durch Steuerbefreiung nach dem genannten Artikel,

- a) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Abschnitt V regeln läßt und wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte unbesteuert blieben oder zu niedrig besteuert würden oder
- b) wenn der Wohnsitzstaat nach gehöriger Konsultation und vorbehaltlich der Beschränkungen seines innerstaatlichen Rechts dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert, auf die er diesen Absatz anzuwenden beabsichtigt. Die Notifikation wird erst am ersten Tag des Kalenderjahrs wirksam, das auf das Jahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde und alle rechtlichen Voraussetzungen nach dem innerstaatlichen Recht des notifizierenden Staates für das Wirksamwerden der Notifikation erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen ist nicht dahingehend auszulegen, daß

- a) ein Steuerpflichtiger durch Mißbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten des Rechts seine steuerlichen Verpflichtungen in einem Vertragsstaat umgehen kann;
- b) die Bundesrepublik Deutschland daran gehindert wird, die Beträge zu besteuern, die nach dem Vierten Teil des deutschen Außensteuergesetzes in die Einkünfte einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person einzubeziehen sind;
- c) Dänemark daran gehindert wird, seine Steuern gemäß Vorschriften zu erheben, die nach Sinn und Zweck den in Buchstabe b erwähnten Vorschriften entsprechen.

Wenn die vorstehenden Bestimmungen zur Doppelbesteuerung führen, konsultieren die zuständigen Behörden einander nach Artikel 43 Absatz 3, wie die Doppelbesteuerung zu vermeiden ist.

Artikel 46**Erstattung der Abzugsteuern**

(1) Werden in einem der Vertragsstaaten die Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen Einkünften

Artikel 44**Fremgangsmåde**

1. De kompetente myndigheder i de kontraherende stater kan træde i direkte forbindelse med hinanden med henblik på indgåelse af aftaler i overensstemmelse med artikel 42 og 43.

2. Når det for tilvejebringelse af en aftale skønnes ønskeligt, at der finder en mundtlig forhandling sted, kan en sådan finde sted i et udvalg bestående af repræsentanter for de kompetente myndigheder i de kontraherende stater.

3. De kompetente myndigheder kan i fællesskab pålægge et uafhængigt organ at give en ekspertudtalelse om en sag, som de har forelagt det.

4. Når fremgangsmåden vedrører en konkret sag, skal de berørte personer høres.

Kapitel VI**Særlige bestemmelser****Artikel 45****Anvendelse af overenskomsten i særlige sager**

1. Bopælsstaten skal undgå dobbeltbeskatning ved indrømmelse af credit i henhold til artikel 24 i stedet for indrømmelse af eksemption i henhold til samme artikel,

- a) hvis indkomst eller formue i de kontraherende stater er placeret under forskellige bestemmelser i overenskomsten eller henført til forskellige personer (undtagen i henhold til artikel 9), og denne konflikt ikke kan løses ved en fremgangsmåde i overensstemmelse med kapitel V, og hvis den pågældende indkomst eller formue som resultat af denne forskel i placering eller henføring ville forblive ubeskattet eller kun genstand for nedsat beskatning, eller
- b) hvis bopælsstaten efter behørig rådføring og under forbehold for begrænsningerne i dens interne lovgivning giver underretning til den anden stat ad diplomatisk vej om anden indkomst, hvorpå den har til hensigt at anvende bestemmelserne i dette stykke. Underretningen skal først have virkning fra den første dag i det kalenderår, som følger efter det år, i hvilket underretningen er givet, og når alle lovbestemte betingelser om virkningen af underretningen efter den interne lovgivning i den stat, som giver underretningen, er blevet opfyldt.

2. Denne overenskomst skal ikke kunne fortolkes således,

- a) at en skatteyder, som drager ubehørig fordel af lovgivningen, kan omgå sine skattemæssige forpligtelser i en kontraherende stat;
- b) Forbundsrepublikken Tyskland er forhindret i at pålign skatter på beløb, som skal medregnes i indkomsten for en person, der er hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, i henhold til fjerde del af den tyske Aussensteuergesetz;
- c) Danmark er forhindret i at pålign skatter i henhold til regler, som efter begrundelse og formål svarer til de ovenfor i litra b) nævnte regler.

Hvis de ovenfor nævnte bestemmelser resulterer i dobbeltbeskatning, skal de kompetente myndigheder rådføre sig med hinanden i henhold til artikel 43, stykke 3, om undgåelse af dobbeltbeskatning.

Artikel 46**Tilbagebetaling af kildekat**

1. Hvis skatter på udbytter, renter, royalties eller andre former for indkomst i en af de kontraherende stater opkræves ved inde-

im Abzugsweg erhoben, so wird das Recht zur Vornahme des Steuerabzugs zu dem im innerstaatlichen Recht dieses Staates vorgesehenen Satz durch dieses Abkommen nicht berührt.

(2) Diese im Abzugsweg erhobene Steuer wird auf Antrag erstattet, soweit ihre Erhebung durch dieses Abkommen eingeschränkt wird.

(3) Die Frist für den Antrag auf Erstattung beträgt vier Jahre nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen Einkünfte bezogen worden sind.

(4) Der Vertragsstaat, aus dem die Einkünfte stammen, kann eine amtliche Bescheinigung des Vertragsstaats, in dem der Steuerpflichtige ansässig ist, über die Erfüllung der Voraussetzungen für die unbeschränkte Steuerpflicht in diesem Staat verlangen.

(5) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten führen die vorstehenden Bestimmungen in gegenseitigem Einvernehmen gemäß Artikel 43 durch.

(6) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können in gegenseitigem Einvernehmen auch andere Verfahren zur Durchführung der in diesem Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen festlegen.

Artikel 47

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die Mitgliedern diplomatischer Missionen oder konsularischer Vertretungen und Beamten zwischenstaatlicher Organisationen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

(2) Soweit Einkünfte oder Vermögenswerte wegen solcher Vorrechte im Empfangsstaat nicht besteuert werden, steht das Besteuerungsrecht dem Entsendestaat zu.

(3) Ungeachtet des Artikels 4 gilt eine natürliche Person, die Mitglied einer diplomatischen Mission, einer konsularischen Vertretung oder der ständigen Vertretung eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat ist, für die Zwecke des Abkommens als im Entsendestaat ansässig, wenn sie

- a) nach dem Völkerrecht im Empfangsstaat mit ihren Einkünften aus Quellen außerhalb dieses Staates oder mit ihrem außerhalb dieses Staates gelegenen Vermögen nicht zur Steuer herangezogen wird und
- b) im Entsendestaat mit ihrem gesamten Einkommen oder mit ihrem Vermögen wie in diesem Staat ansässige Personen zur Steuer herangezogen wird.

(4) Das Abkommen gilt nicht für zwischenstaatliche Organisationen, ihre Organe oder Beamten sowie nicht für Mitglieder einer diplomatischen Mission, einer konsularischen Vertretung oder der ständigen Vertretung eines dritten Staates, die sich in einem Vertragsstaat aufhalten, aber in keinem der beiden Vertragsstaaten mit ihrem Einkommen oder Vermögen wie dort ansässige Personen zur Steuer herangezogen werden.

Artikel 48

Ausdehnung des räumlichen Geltungsbereichs

(1) Dieses Abkommen kann entweder als Ganzes oder mit den erforderlichen Änderungen auf jeden Teil des Hoheitsgebiets der Vertragsstaaten ausgedehnt werden, der ausdrücklich von der Anwendung des Abkommens ausgeschlossen ist und in dem Steuern erhoben werden, die im wesentlichen den Steuern ähnlich sind, für die das Abkommen gilt. Eine solche Ausdehnung wird von dem Zeitpunkt an und mit den Änderungen und Bedingungen, einschließlich der Bedingungen für die Beendigung, wirksam, die zwischen den Vertragsstaaten durch auf diplomatischem Weg

holdelse ved kilden, skal retten til at opkræve kildeskat efter satsen i henhold til intern lovgivning ikke berøres af bestemmelserne i denne overenskomst.

2. Den således indeholdte kildeskat skal tilbagebetales efter anmodning, i det omfang dens opkrævning er begrænset af denne overenskomst.

3. Tidsfristen for anmodning om tilbagebetaling er fire år efter udløbet af det kalenderår, i hvilket de pågældende udbytter, renter, royalties eller andre former for indkomst er blevet udbetalt.

4. Den kontraherende stat, hvorfra indkomsten stammer, kan forlange en administrativ bekræftelse fra den kontraherende stat, hvori skatteyderen er hjemmehørende, med hensyn til opfyldelsen af betingelserne for fuld skattepligt i denne stat.

5. De kompetente myndigheder i de kontraherende stater skal gennemføre de foranstående bestemmelser ved gensidig aftale i henhold til artikel 43.

6. De kompetente myndigheder i de kontraherende stater kan ved gensidig aftale fastsætte anden fremgangsmåde for gennemførelsen af skattenedsættelse i henhold til denne overenskomst.

Artikel 47

Medlemmer af diplomatiske eller konsulære repræsentationer

1. Intet i denne overenskomst berører de skattemæssige begunstigelser, som medlemmer af diplomatiske eller konsulære repræsentationer så vel som embedsmænd ved internationale organisationer måtte nyde i kraft af folkerettens almindelige regler eller særlige aftaler.

2. I det omfang indkomst eller formue som følge af sådanne begunstigelser ikke beskattes i modtagerstaten, skal udsenderstaten have ret til at beskatte sådan indkomst eller formue.

3. Uanset bestemmelserne i artikel 4, skal en fysisk person, som er medlem af en kontraherende stats diplomatiske, konsulære eller faste repræsentation, som er beliggende i den anden kontraherende stat eller i en tredje stat, anses ved anvendelsen af denne overenskomst for at være hjemmehørende i udsenderstaten, hvis

- a) han i henhold til folkeretten ikke er underkastet beskatning i modtagerstaten, for så vidt angår sin indkomst fra kilder uden for denne stat eller sin formue, beliggende uden for denne stat, og
- b) han i udsenderstaten er underkastet beskatning af hele sin indkomst eller formue på samme måde som personer, der er hjemmehørende i denne stat.

4. Overenskomsten skal ikke gælde for internationale organisationer, for deres organer eller embedsmænd og for medlemmer af diplomatiske, konsulære eller faste repræsentationer fra en tredje stat, som opholder sig i en kontraherende stat og ikke i nogen af de kontraherende stater er underkastet beskatning af indkomst og formue på samme måde som personer, der er hjemmehørende der.

Artikel 48

Territorial udvidelse

1. Denne overenskomst kan enten i sin helhed eller med de nødvendige ændringer udvides til enhver del af det til de kontraherende stater hørende område, som specielt er holdt uden for denne overenskomsts anvendelse, og som påligner skatter af væsentlig samme art som de skatter, overenskomsten finder anvendelse på. Enhver sådan udvidelse skal have virkning fra det tidspunkt og være undergivet sådanne ændringer og betingelser, herunder betingelser vedrørende opsigelse, som måtte blive fastsat mellem de kontraherende stater i noter, der skal udveksles ad

auszutauschende Noten oder auf andere, den Verfassungen dieser Staaten entsprechende Weise vereinbart werden.

(2) Haben die beiden Vertragsstaaten nichts anderes vereinbart, so wird mit der Kündigung durch einen Vertragsstaat nach Artikel 50 die Anwendung des Abkommens in der in jenem Artikel vorgesehenen Weise auch für jeden Teil des Hoheitsgebiets der Vertragsstaaten beendet, auf den das Abkommen nach diesem Artikel ausgedehnt worden ist.

Artikel 49 Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Kopenhagen ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Staaten anzuwenden

- a) bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen auf das Steuerjahr, das mit dem Kalenderjahr übereinstimmt oder es ersetzt, das unmittelbar auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist, und auf die folgenden Einkommensjahre;
- b) bei der Nachlaß- und Erbschaftsteuer auf die Nachlässe von Personen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs sterben, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist, und bei der Schenkungsteuer auf Schenkungen, die am oder nach dem 1. Januar des genannten Jahres ausgeführt werden;
- c) auf Beistandshandlungen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs vorgenommen werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;
- d) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt oder gutgeschrieben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

(3) Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das am 30. Januar 1962 in Kopenhagen unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer und der Grundsteuern bei den Steuern, für die dieses Abkommen nach Absatz 2 gilt, außer Kraft.

Artikel 50 Geltungsdauer, Kündigung

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen in beiden Staaten nicht mehr anzuwenden

- a) bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen auf die Steuerjahre, die am 1. Januar des Kalenderjahrs, das auf das Kündigungsjahr folgt, bereits laufen oder die am oder nach dem 1. Januar des genannten Kalenderjahrs beginnen;
- b) bei der Nachlaß- und Erbschaftsteuer auf die Nachlässe von Personen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs sterben, das auf das Kündigungsjahr folgt, und bei der Schenkungsteuer auf Schenkungen, die am oder nach dem 1. Januar des genannten Jahres ausgeführt werden;
- c) auf Beistandshandlungen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs vorgenommen werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;

diplomatisch vej, eller på enhver anden måde, der er i overensstemmelse med deres forfatningsmæssige regler.

2. Medmindre de kontraherende stater har aftalt andet, skal opsigelsen af overenskomsten af en af dem i henhold til artikel 50 også - på den måde, som er angivet i nævnte artikel - bringe anvendelsen af overenskomsten til ophør på enhver del af det til de kontraherende stater hørende område, til hvilken den er blevet udvidet i henhold til denne artikel.

Artikel 49 Ikrafttræden

1. Denne overenskomst skal ratificeres; ratifikationsinstrumenter skal udveksles så hurtigt som muligt i København

2. Overenskomsten skal træde i kraft en måned efter udvekslingen af ratifikationsinstrumenterne, og dens bestemmelser skal have virkning i begge stater

- a) for så vidt angår indkomst- og formueskatter, for det skatteår, som falder sammen med eller træder i stedet for det kalenderår, som følger umiddelbart efter det år, hvori overenskomsten trådte i kraft, og efterfølgende indkomstår;
- b) for så vidt angår skatter på dødsboer og arv, for boer efter personer, som døde den 1. januar i det kalenderår, som følger efter det år, hvori overenskomsten trådte i kraft, eller senere, og for så vidt angår skatter af gaver, for gaver, som ydes den 1. januar i det nævnte år eller senere;
- c) for foranstaltninger til bistand, som bliver udført den 1. januar i det kalenderår, som følger efter det år, hvori overenskomsten trådte i kraft, eller senere;
- d) for så vidt angår kildeskatter på udbytter, renter og royalties, for beløb, som er betalt eller godskrevet den 1. januar i det kalenderår, som følger efter det år, hvori overenskomsten trådte i kraft, eller senere.

3. Ved overenskomstens ikrafttræden skal overenskomsten, som blev underskrevet i København den 30. januar 1962 mellem Forbundsrepublikken Tyskland og Kongeriget Danmark til undgåelse af dobbeltbeskatning og om gensidig administrativ og retslig bistand vedrørende skatter af indkomst og formue samt erhvervsskat og ejendomsskatter ophøre med at have virkning for så vidt angår skatter, som denne overenskomst finder anvendelse på i henhold til med bestemmelserne ovenfor i stykke 2.

Artikel 50 Gyldighedsperiode, Opsigelse

Denne overenskomst skal forblive i kraft på ubestemt tid, men hver af de kontraherende stater kan den 30. juni eller tidligere i ethvert kalenderår efter udløbet af en periode på fem år fra datoen for dens ikrafttræden, give den anden kontraherende stat ad diplomatisk vej skriftlig meddelelse om opsigelse, og i så fald skal overenskomsten ophøre med at have virkning i begge stater

- a) for så vidt angår indkomst- og formueskatter, for de skatteår, som er påbegyndt den 1. januar i det kalenderår, som følger umiddelbart efter det år, hvori underretningen er givet, eller som begynder den 1. januar i nævnte kalenderår eller senere;
- b) for så vidt angår skatter på dødsboer og arv, for boer efter personer, som dør den 1. januar i det kalenderår, som følger efter det år, hvori underretning om opsigelse er givet, eller senere, og for så vidt angår skatter af gaver, for gaver, som ydes den 1. januar i det nævnte år eller senere;
- c) for foranstaltninger til bistand, som udføres den 1. januar i det kalenderår, som følger efter det år, hvori underretning om opsigelse er givet, eller senere;

d) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt oder gutgeschrieben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.

d) for så vidt angår kildeskatter på udbytter, renter og royalties, for beløb, som bliver betalt eller godskrevet den 1. januar i det kalenderår, som følger efter det år, hvori underretning om opsigelse er givet, eller senere.

Geschehen zu Bonn am 22. November 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und dänischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Udfærdiget i Bonn den 22. November 1995 i to eksemplarer, hver på dansk og tysk, således at begge tekster har lige gyldighed.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For Forbundsrepublikken Tyksland
Peter Hartmann
Dr. Theo Waigel

Für das Königreich Dänemark
For Kongeriget Danmark
Marianne Jelved

Anlage

Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

1. in der Bundesrepublik Deutschland:

Abschnitt II

- a) die Einkommensteuer;
- b) die Körperschaftsteuer;
- c) die Vermögensteuer;
- d) die Gewerbesteuer;
- e) die Grundsteuer;
- f) der Solidaritätszuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer;

Abschnitt III

die Erbschaftsteuer und Schenkungsteuer;

Abschnitt IV

- a) die Steuern der Abschnitte II und III;
- b) die Umsatzsteuer;
- c) die Grunderwerbsteuer;
- d) die Versicherungsteuer;
- e) die Kraftfahrzeugsteuer;
- f) die Kirchensteuern;
- g) die Getränkesteuer;
- h) die Vergnügungsteuer;
- i) die Verspätungszuschläge, Säumniszuschläge, Zinsen und Kosten;

2. in Dänemark:

Abschnitt II

- a) die Einkommensteuer des Staates (indkomstskatten til staten);
- b) die kommunale Einkommensteuer (den kommunale indkomstskat);
- c) die Einkommensteuer der Kreise (den amtskommunale indkomstskat);
- d) die besondere Einkommensteuer (den særlige indkomstskat);
- e) die Kirchensteuer (kirkeskatten);
- f) die Dividendensteuer (udbytteskatten);

Bilag

De gældende skatter, på hvilke overenskomsten skal finde anvendelse, er især:

1. i Forbundsrepublikken Tyskland

Kapitel II

- a) Indkomstskat (Einkommensteuer);
- b) Selskabsskat (Körperschaftsteuer);
- c) Formueskat (Vermögensteuer);
- d) Erhvervsskat (Gewerbesteuer);
- e) Grundskat (Grundsteuer);
- f) Solidaritetstillæg på indkomst- og selskabsskat (Solidaritetszuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer);

Kapitel III

Afgift af arv og gave (Erbschaft- und Schenkungsteuer);

Kapitel IV

- a) Skatter omfattet af kapitel II og III;
- b) Omsætningskat (Umsatzsteuer);
- c) Skat på grund-overdragelse (Grunderwerbsteuer);
- d) Forsikringskat (Versicherungsteuer);
- e) Skat på motorkøretøjer (Kraftfahrzeugsteuer);
- f) Kirkeskatter (Kirchensteuern);
- g) Skat på drikkevarer (Getränkesteuer);
- h) Forlystelsesskat (Vergnügungssteuer);
- i) Tillæg ved forsinket indgivelse af selvangivelse eller forsinket betaling, renter og omkostninger (Verspätungs- og Säumniszuschläge, Zinsen und Kosten);

2. i Danmark

Kapitel II

- a) Indkomstskatten til staten;
- b) Den kommunale indkomstskat;
- c) Den amtskommunale indkomstskat;
- d) Den særlige indkomstskat;
- e) Kirkeskatten;
- f) Udbytteskatten;

- g) die Zinssteuer
(renteskatten);
- h) die Steuer auf Lizenzgebühren
(royaltyskatten);
- i) die Steuern aufgrund des Gesetzes zur Besteuerung der Einkünfte aus der Gewinnung von Kohlenwasserstoffen
(skatter i henhold til kulbrinteskatteloven);
- j) die Vermögensteuer des Staates
(formueskatten til staten);

Abschnitt III

die Erbschaft- und Schenkungsteuer
(afgift af arv og gave);

Abschnitt IV

- a) die Steuern der Abschnitte II und III;
- b) die Grundbesitzfreigabesteuer
(frigørelsesafgift);
- c) die Landsteuer der Gemeinden
(kommunal grundskyld);
- d) die Landsteuer der Kreise
(amtskommunal grundskyld);
- e) die Kraftfahrzeugsteuer
(registreringsafgift og vægtafgift på motorkøretøjer);
- f) Steuer auf Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge
usw.
(afgift af ansvarsforsikring af motorkøretøjer);
- g) die Verspätungszuschläge, Säumniszuschläge, Zinsen
und Kosten
(skattetillæg som ikke er bøder, renter og omkostninger).

g) Renteskatten;

h) Royaltyskatten;

i) Skatter i henhold til kulbrinteskatteloven;

j) Formueskatten til staten;

Kapitel III

Afgift af arv og gave;

Kapitel IV

a) Skatter omfattet af kapitel II og III;

b) Frigørelsesafgift;

c) Kommunal grundskyld;

d) Amtskommunal grundskyld;

e) Registreringsafgift og vægtafgift på motorkøretøjer;

f) Afgift af ansvarsforsikring af motorkøretøjer;

g) Renter, omkostninger og skattetillæg, som ikke er bøder.

Protokoll

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich Dänemark

haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Beistandsleistung in Steuersachen (deutsch-dänisches Steuerabkommen) am 22. November 1995 in Bonn zu Abschnitt IV die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

Wenn aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen:

- a) Die Verwendung der Daten durch den empfangenden Vertragsstaat ist nur zu den in Artikel 38 genannten Zwecken und unter den dort genannten Bedingungen zulässig.
- b) Der empfangende Vertragsstaat unterrichtet den übermittelnden Vertragsstaat auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Der übermittelnde Vertragsstaat ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote in Übereinstimmung mit Artikel 37 zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem empfangenden Vertragsstaat unverzüglich mitzuteilen. Dieser Staat ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
- d) Dem Betroffenen ist auf Antrag vom empfangenden Vertragsstaat über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person übermittelten Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, an den der Antrag gerichtet wird.
- e) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür der empfangende Vertragsstaat nach Maßgabe seines innerstaatlichen Rechts. Der empfangende Vertragsstaat kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu seiner Entlastung nicht darauf berufen, daß der Schaden durch den übermittelnden Vertragsstaat verursacht worden ist.
- f) Wenn nach dem innerstaatlichen Recht des übermittelnden Vertragsstaats Lösungsfristen bestehen, weist er bei der Übermittlung darauf hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- g) Der übermittelnde und der empfangende Vertragsstaat sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- h) Der übermittelnde und der empfangende Vertragsstaat sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Protokol

Forbundsrepublikken Tyskland
og
Kongeriget Danmark

er ved undertegnelsen i Bonn den 22. November 1995 af Overenskomsten mellem de to Stater til undgåelse af dobbeltbeskatning for så vidt angår indkomst- og formueskatter og for så vidt angår skatter i boer, af arv og af gave samt vedrørende bistand i skattesager blevet enige om følgende bestemmelser, der skal udgøre en integrerende del af nævnte overenskomst:

I tilfælde, hvor der i overensstemmelse med den nationale lovgivning er udvekslet oplysninger om personer i henhold til denne overenskomst, skal følgende tillægsbestemmelser finde anvendelse:

- a) Den kontraherende stat, der modtager oplysningerne, må kun benytte sådanne oplysninger til de formål, og under de betingelser, der er fastsat i artikel 38.
- b) Den kontraherende stat, der modtager oplysningerne, skal efter anmodning informere den kontraherende stat, der meddeler oplysningerne, om anvendelsen af de meddelte oplysninger og om det opnåede resultat.
- c) Den kontraherende stat, der meddeler oplysningerne, skal være forpligtet til at sikre, at de oplysninger, der meddeles, er nøjagtige og at de er nødvendige for og svarer til det formål, hvortil de meddeles. Ethvert forbud mod meddelelse af oplysninger, foreskrevet i den gældende nationale lovgivning, skal overholdes i overensstemmelse med artikel 37. Hvis det viser sig, at der er meddelt unøjagtige oplysninger eller oplysninger, der ikke burde være meddelt, skal den kontraherende stat, der modtager oplysningerne, omgående informeres herom. Denne stat skal være forpligtet til at rette eller slette sådanne oplysninger.
- d) Efter anmodning skal den pågældende person informeres, når der meddeles oplysninger, der angår ham, og om anvendelsen af sådanne oplysninger. Der skal ikke være pligt til at give disse informationer, hvis det alt i alt fremgår, at det offentlige interesse i at tilbageholde dem er større end den pågældende persons interesse i at modtage dem. I alle andre henseender skal den pågældende persons ret til at blive informeret, når der meddeles oplysninger, der angår ham, reguleres af den nationale lovgivning i den kontraherende stat, hvortil anmodningen om information er fremsat.
- e) Den kontraherende stat, der modtager oplysningerne, skal bære ansvaret i overensstemmelse med dens nationale lovgivning over for enhver person, der måtte lide retsstridig skade som et resultat af oplysninger, der er meddelt i henhold til denne overenskomst. Den kontraherende stat, der modtager oplysningerne, kan ikke påberåbe sig overfor den skadede person, at skaden er forårsaget af den kontraherende stat, der meddeler oplysningerne.
- f) Hvis der i den nationale lovgivning i den kontraherende stat, der meddeler oplysningerne, er fastsat en frist for sletning af oplysninger, skal denne stat tilkendegive en sådan frist, når oplysningerne meddeles. Uanset en sådan frist skal meddelte personoplysninger slettes, så snart de ikke længere er nødvendige for det formål, hvortil de blev meddelt.
- g) Den meddelende og den modtagende kontraherende stat er forpligtet til at føre officielle protokoller om meddelelse og modtagelse af personoplysninger.
- h) Den meddelende og den modtagende kontraherende stat er forpligtet til at tage effektive foranstaltninger for at beskytte meddelte personoplysninger mod uautoriseret adgang, uautoriserede ændringer og uautoriseret udlevering.

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-ukrainischen Investitionsförderungsvertrags**

Vom 1. Oktober 1996

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 19. Januar 1996 zu dem Vertrag vom 15. Februar 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 1996 II S. 75) wird bekanntgemacht, daß der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie das dazugehörige Protokoll vom selben Tag

am 29. Juni 1996

in Kraft getreten sind.

Die Ratifikationsurkunden sind in Bonn am 29. Mai 1996 ausgetauscht worden.

Bonn, den 1. Oktober 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Scheel

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-jamaikanischen Investitionsförderungsvertrags**

Vom 1. Oktober 1996

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 19. Januar 1996 zu dem Vertrag vom 24. September 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jamaika über die gegenseitige Förderung und den Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 1996 II S. 58) wird bekanntgemacht, daß der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie das dazugehörige Protokoll vom selben Tag

am 29. Mai 1996

in Kraft getreten sind.

Die Ratifikationsurkunden sind in Bonn am 29. April 1996 ausgetauscht worden.

Bonn, den 1. Oktober 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Scheel

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-mongolischen Investitionsförderungsvertrags**

Vom 1. Oktober 1996

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 19. Januar 1996 zu dem Vertrag vom 26. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Mongolischen Volksrepublik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 1996 II S. 50) wird bekanntgemacht, daß der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie das dazugehörige Protokoll vom selben Tag
am 23. Juni 1996

in Kraft getreten sind.

Die Ratifikationsurkunden sind in Ulan Bator am 23. Mai 1996 ausgetauscht worden.

Bonn, den 1. Oktober 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Scheel

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-belarussischen Investitionsförderungsvertrags**

Vom 1. Oktober 1996

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 19. Januar 1996 zu dem Vertrag vom 2. April 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 1996 II S. 85) wird bekanntgemacht, daß der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie das dazugehörige Protokoll vom selben Tag

am 23. September 1996

in Kraft getreten sind.

Die Ratifikationsurkunden sind in Minsk am 23. August 1996 ausgetauscht worden.

Bonn, den 1. Oktober 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Scheel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens
über den Schutz der ausübenden Künstler,
der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen**

Vom 2. Oktober 1996

I.

Das Internationale Abkommen vom 26. Oktober 1961 über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen (BGBl. 1965 II S. 1243) ist nach seinem Artikel 25 Abs. 2 für

St. Lucia am 17. August 1996
nach Maßgabe der folgenden, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde abgegebenen Erklärungen

in Kraft getreten:

(Übersetzung)

„The Government of Saint Lucia declares that as regards Article 5 it will not apply the criterion of publication contained in Article 5 (1) (c).“

„Die Regierung von St. Lucia erklärt, daß sie hinsichtlich des Artikels 5 das Merkmal der Veröffentlichung nach Artikel 5 Abs. 1 Buchstabe c nicht anwenden wird.“

The Government of Saint Lucia declares that as regards Article 12 it will not apply that article in relation to phonograms the producer of which is not a national of another Contracting State.“

Die Regierung von St. Lucia erklärt, daß sie hinsichtlich des Artikels 12 diesen Artikel nicht für Tonträger anwenden wird, deren Hersteller nicht Angehöriger eines anderen vertragschließenden Staates ist.“

II.

Schweden hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 1. Dezember 1995 notifiziert, daß es die bei Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde angebrachten und mit Wirkung vom 1. Juli 1986 geänderten Vorbehalte wie folgt zurücknimmt:

(Übersetzung)

„With application of Article 18 of the Convention Sweden withdraws or amends the notifications deposited with the instrument of ratification on 13 July 1962, as follows:“

„In Anwendung des Artikels 18 nimmt Schweden die bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 13. Juli 1962 hinterlegten Mitteilungen zurück oder ändert sie, und zwar wie folgt:“

1. The notification under Article 16 (1) (a) (ii), amended by notification of 26 June 1986, to the effect that Sweden will apply Article 12 only to broadcasting and such communication to the public which is carried out for commercial purposes is withdrawn with immediate effect.
2. The notification under Article 16 (1) (b) to the effect that Sweden will apply Article 13 (d) only to communication to the public of television broadcasts in a cinema or similar place is withdrawn with immediate effect.“

1. Die Mitteilung nach Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer ii, die durch die Mitteilung vom 26. Juni 1986 dahingehend geändert wurde, daß Schweden Artikel 12 nur auf die Funksendung und auf die öffentliche Wiedergabe zu Handelszwecken anwendet, wird mit sofortiger Wirkung zurückgenommen.
2. Die Mitteilung nach Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe b des Inhalts, daß Schweden Artikel 13 Buchstabe d nur auf die öffentliche Wiedergabe von Fernsehsendungen in Lichtspielhäusern oder ähnlichen Orten anwendet, wird mit sofortiger Wirkung zurückgenommen.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 21. Oktober 1966 (BGBl. II S. 1473), vom 6. Mai 1987 (BGBl. II S. 295) und vom 12. Juli 1996 (BGBl. II S. 1216).

Bonn, den 2. Oktober 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Scheel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Europäischen Auslieferungsübereinkommens**

Vom 4. Oktober 1996

Das Europäische Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957 (BGBl. 1964 II S. 1369) ist nach seinem Artikel 29 Abs. 3 für

Malta am 17. Juni 1996
nach Maßgabe der nachstehenden, bei Hinterlegung der Ratifikations-
urkunde angebrachten Vorbehalte

in Kraft getreten:

(Übersetzung)

Article 1

Malta reserves the right to grant a request for the extradition of a person accused of an offence only where the court of commitment is satisfied, after hearing any evidence tendered in support of the request for the return of that person or on behalf of that person, that the evidence would be sufficient to warrant his trial for that offence if it had been committed within the jurisdiction of the Courts of Criminal Justice of Malta. A person convicted of an offence in his absence shall be treated as a person accused of that offence.

Malta reserves the right, when granting extradition, to stipulate that the extradited person shall not be prosecuted for the offence in question in a court which is only provisionally, or under exceptional circumstances, empowered to deal with such offences. Extradition requested for the execution of a sentence rendered by such special court may be refused.

Malta reserves the right to apply the Convention in accordance with Section 20 of Chapter 276 of the laws of Malta (The Extradition Act, 1978) which section reads as follows:

“On an appeal made to the Court of Criminal Appeal or an application for redress to the Constitutional Court under Section 46 of the Constitution of Malta, either of the said Courts may, without prejudice to any other jurisdiction, order the person committed to be discharged from custody if it appears to such Court that,

(a) by reason of the trivial nature of the offence of which he is accused or was convicted; or

Artikel 1

Malta behält sich das Recht vor, ein Ersuchen um Auslieferung einer wegen einer strafbaren Handlung verfolgten Person nur dann zu bewilligen, wenn das mit der Sache befaßte Gericht nach Prüfung sowohl der Begründung des Auslieferungersuchens als auch der zugunsten des Verfolgten vorgebrachten Beweise festgestellt hat, daß die Beweise ausreichen würden, ein Verfahren wegen der betreffenden strafbaren Handlung zu rechtfertigen, wenn diese im Zuständigkeitsbereich der Strafgerichte von Malta begangen worden wäre. Eine wegen einer strafbaren Handlung in Abwesenheit verurteilte Person wird wie eine Person behandelt, die wegen dieser strafbaren Handlung verfolgt wird.

Malta behält sich das Recht vor, bei Bewilligung einer Auslieferung zu verlangen, daß die ausgelieferte Person wegen der betreffenden strafbaren Handlung nicht vor ein Gericht gestellt wird, das nur vorübergehend oder nur unter außergewöhnlichen Umständen befugt ist, sich mit derartigen strafbaren Handlungen zu befassen. Ein Ersuchen um Auslieferung zur Vollstreckung einer von einem solchen Ausnahmegericht verhängten Strafe kann abgelehnt werden.

Malta behält sich das Recht vor, das Übereinkommen im Einklang mit Kapitel 276 Abschnitt 20 des Gesetzbuchs von Malta (Auslieferungsgesetz, 1978) anzuwenden, der folgenden Wortlaut hat:

„Auf ein vor einem Appellationsgericht in Strafsachen eingelegtes Rechtsmittel oder eine nach Abschnitt 46 der Verfassung von Malta vor dem Verfassungsgericht eingelegte Beschwerde hin kann jedes der genannten Gerichte unbeschadet jeder anderen gerichtlichen Zuständigkeit die Freilassung des Verfolgten anordnen, wenn es zu der Überzeugung gelangt, daß die Auslieferung

a) wegen Geringfügigkeit der Straftat, derentwegen die Person verfolgt wird oder verurteilt wurde oder

(b) by reason of the passage of time since he is alleged to have committed it or to have become unlawfully at large, as the case may be; or

(c) because the accusation against him is not made in good faith in the interests of justice,

it would, having regard to all circumstances, be unjust or oppressive to return him."

Article 3

Malta reserves the right to apply paragraph 3 of this Article in accordance with Section 10 (5) of the Extradition Act which reads as follows:

"For the purposes of this section, an offence against the life or person of a Head of State, or any related offence described in subsection (3) of Section 5 of this Act, shall not necessarily be deemed to be an offence of a political character."

Article 9

Malta reserves the right to apply this Article in accordance with the rule of "Non bis in idem" as laid down in Section 527 of the Criminal Code (Chapter 9 of the Laws of Malta) which reads as follows:

"Where in a trial, judgement is given acquitting the person charged or accused, it shall not be lawful to subject such person to another trial for the same fact."

Article 18

Malta reserves the right to apply the provisions set out in paragraphs 4 and 5 of this Article in accordance with Section 24 of the Extradition Act (Chapter 276 of the Laws of Malta) which reads as follows:

"(1) If any person committed to await his return is in custody in Malta under this Act after the expiration of the following period is to say -

(a) in any case, the period of two months beginning with the first day on which, having regard to subsection (2) of Section 21 of this Act, he could have been returned;

(b) where a warrant for his return has been issued under Section 21 of this Act, the period of one month beginning with the day on which that warrant was issued -

he may apply to the Court of Criminal Appeal, sitting as a court of appeal from judgements of the Court of Judicial Police, for his discharge.

(2) If upon any such application the court is satisfied that reasonable notice of the proposed application has been given to the Minister, the court may, unless sufficient cause is shown to the contrary, by order direct the applicant to be discharged from custody, and if a warrant for his return has been issued under the said section squash that warrant."

b) wegen der Dauer der Zeit, die verstrichen ist, seit die Person die Straftat begangen haben soll oder seit der sie sich unrechtmäßig auf freiem Fuß befindet oder

c) weil die Vorwürfe gegen sie nicht gutgläubig im Interesse der Gerechtigkeit erhoben wurden

unter Berücksichtigung aller Umstände ungerecht oder unbillig wäre."

Artikel 3

Malta behält sich das Recht vor, Absatz 3 dieses Artikels im Einklang mit Abschnitt 10 Unterabschnitt 5 des Auslieferungsgesetzes anzuwenden, der folgenden Wortlaut hat:

„Im Sinne dieses Abschnitts wird ein Angriff auf das Leben oder die Person eines Staatsoberhauptes oder jede damit zusammenhängende in Abschnitt 5 Unterabschnitt 3 dieses Gesetzes aufgeführte strafbare Handlung nicht ungedingt als politische strafbare Handlung angesehen.“

Artikel 9

Malta behält sich das Recht vor, diesen Artikel im Einklang mit dem Grundsatz „ne bis in idem“ anzuwenden, wie er in Abschnitt 527 des Strafgesetzbuchs (Kapitel 9 des Gesetzbuchs von Malta) niedergelegt ist, der folgenden Wortlaut hat:

„Wird eine beschuldigte oder angeklagte Person in einem Gerichtsverfahren freigesprochen, so ist es unzulässig, sie wegen derselben Tat erneut vor Gericht zu stellen.“

Artikel 18

Malta behält sich das Recht vor, die Absätze 4 und 5 dieses Artikels im Einklang mit Abschnitt 24 des Auslieferungsgesetzes (Kapitel 276 des Gesetzbuchs von Malta) anzuwenden, der folgenden Wortlaut hat:

„(1) Befindet sich eine Person, deren Auslieferung bewilligt wurde, aufgrund dieses Gesetzes in Malta in Auslieferungshaft, so kann sie nach Ablauf folgender Fristen,

a) in jedem Fall nach zwei Monaten, beginnend am ersten Tag, an dem die Person nach Abschnitt 21 Unterabschnitt 2 dieses Gesetzes hätte ausgeliefert werden können,

b) falls eine Auslieferungsanordnung nach Abschnitt 21 dieses Gesetzes erlassen wurde, nach einem Monat ab dem Tag des Erlasses der Anordnung

bei dem Appellationsgericht in Strafsachen, das als Beschwerdegericht für Entscheidungen des Polizeigerichts zusammentritt, ihre Freilassung beantragen.

(2) Befindet das Gericht nach Eingang eines solchen Antrags, daß der Minister innerhalb einer angemessenen Frist davon Mitteilung erhalten hat, so kann es, falls nicht hinreichende Gründe entgegenstehen, anordnen, daß der Verfolgte freizulassen ist und, wenn eine Auslieferungsanordnung nach diesem Abschnitt erlassen wurde, diese Anordnung aufheben.“

Article 21

Malta reserves the right to grant such transit under this Article only in so far as transit is permissible under its own laws.

Artikel 21

Malta behält sich das Recht vor, die Durchlieferung nach diesem Artikel nur insoweit zu billigen, als sie nach seinen Gesetzen zulässig ist.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 23. Oktober 1995 (BGBl. II S. 988).

Bonn, den 4. Oktober 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Scheel

**Bekanntmachung
des deutsch-südafrikanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 18. Oktober 1996

Das in Pretoria am 23. Juli 1996 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Südafrika über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 5

am 23. Juli 1996

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 18. Oktober 1996

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schweiger

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Südafrika
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Vorhaben „Ländlicher Wohnungsbau“)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Südafrika –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Südafrika beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 29. Juni 1995, Ziff. 3.2.1.1 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Südafrika, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist, für das Vorhaben „Ländlicher Wohnungsbau“ einen Finanzierungsbeitrag in Höhe von 50 000 000,- DM (in Worten: fünfzig Millionen Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Südafrika zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Durchführung des Vorhabens „Ländlicher Wohnungsbau“ von der

Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(3) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Südafrika durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrags zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Südafrika stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags in der Republik Südafrika erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Südafrika überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Pretoria am 23. Juli 1996 in zwei Urschriften,
jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut
gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Kinkel

Für die Regierung der Republik Südafrika
Neville Karsen

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zoiltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 11,25 DM (9,30 DM zuzüglich 1,95 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 12,25 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebstück · Z 1996 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
über die Hauptlinien des internationalen Eisenbahnverkehrs (AGC)**

Vom 21. Oktober 1996

Das Europäische Übereinkommen vom 31. Mai 1985 über die Hauptlinien des internationalen Eisenbahnverkehrs (AGC) – BGBl. 1988 II S. 987 – ist nach seinem Artikel 6 Abs. 2 für

Moldau, Republik
in Kraft getreten.

am 6. Oktober 1996

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 28. Juni 1995 (BGBl. II S. 599).

Bonn, den 21. Oktober 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hillgenberg